

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Die Gewerkschaftskonferenz der Länder Asiens und Ozeaniens	1
Fünfundzwanzig Jahre Mongolische Volksrepublik . .	3
M. OWSJANNIKOWA, J. SCHEWELJOWA — Friedens- botinnen	4
T. JERSCHOW — Das Ränkespiel der Imperialisten in Tibet	8
W. MOROSOW — Wirtschaftsruin und Arbeiteraus- beutung in Titojugoslawien (Eine Auslandspresse- schau)	12
Internationale Umschau (Notizen)	15
W. LOKTJEW — Begegnung mit dem neuen China (Reiseeindrücke)	19
W. JORDANSKI — Großbudapest (Notizen eines Korre- spondenten)	23
Kritik und Bibliographie:	
A. TRAININ, B. NIKIFOROW — Organisiertes Chaos	27
Chronik der internationalen Ereignisse	31

Nr. 49
Jahrgang 1949

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschini pereulok 12.

Die Gewerkschaftskonferenz der Länder Asiens und Ozeaniens

DIE auf Anregung der Weltföderation der Gewerkschaften einberufene und gegenwärtig in Peking stattfindende Gewerkschaftskonferenz der Länder Asiens und Ozeaniens ist eines der größten Ereignisse der internationalen Arbeiterbewegung. Erstmals in der Geschichte Asiens ist eine so allumfassende und repräsentative Beratung bevollmächtigter Delegierter der Arbeiterklasse zusammengetreten. An der Konferenz beteiligen sich die Gewerkschaften Birmas, Ceylons, der Chinesischen Volksrepublik, Indiens, Indonesiens, des Irans, der Demokratischen Volksrepublik Korea sowie Südkoreas, Malayas, der Mongolischen Volksrepublik, der Philippinen, der Sowjetunion, Thailands und Vietnams.

Die Weltföderation hatte den Beschluß über die Einberufung der Konferenz bereits im Oktober 1945 gefaßt. Es mußte sich jedoch vieles im Leben der asiatischen Völker und innerhalb der internationalen Gewerkschaftsbewegung ereignen, ehe sich die Möglichkeit für den Zusammentritt der Konferenz ergab.

Ohne den historischen Sieg der chinesischen Demokratie hätten die Delegierten aus den verschiedenen Ländern Asiens und Ozeaniens nicht die Gastfreundschaft der chinesischen Hauptstadt genießen können. Indessen ist die Tatsache, daß als Ort dieser Zusammenkunft einmütig Peking, die Hauptstadt des neuen China, auserkoren wurde, bedeutsam. Die Chinesische Volksrepublik ist ein äußerst mächtiger Kraftfaktor im Kampf für die Freiheit und die Unabhängigkeit der vom Imperialismus unterdrückten Völker Asiens; ihr Beispiel ist für Millionen Werktätiger der asiatischen Länder eine Quelle der Begeisterung.

Es ist auch höchst bedeutsam, daß in Peking neun Mitglieder des Exekutivbüros der Weltföderation der Gewerkschaften anwesend sind, die gleichzeitig die gewerkschaftlichen Bruderorganisationen Europas, Amerikas und Afrikas repräsentieren. In dieser Tatsache verkörpert sich die internationale Solidarität der Werktätigen, in ihr widerspiegelt sich die Entschlossenheit der Föderation, den Völkern Asiens im Kampf um ihre Rechte tatkräftigen Beistand zu leisten, ihnen zu helfen, den gebührenden Platz in der Weltgewerkschaftsbewegung einzunehmen.

Die internationalen Gewerkschaftsvereinigungen, die es ehemals gab, beschränkten ihre Tätigkeit in der Regel auf Europa und Amerika. Die

reformistischen Drahtzieher dieser Vereinigungen gewährten den Vertretern der Arbeiterorganisationen aus den kolonialen und abhängigen Ländern keinen Zutritt zu diesen Organisationen. Das entsprach in vollem Maße dem Kurs der imperialistischen Regierungen auf Isolierung der Werktätigen in den Kolonien von ihren Klassenbrüdern in den Metropolen.

Die Weltföderation der Gewerkschaften hatte schon bei ihrer Entstehung einen ganz anderen Kurs eingeschlagen. Aber die Agenten der Monopole in der Arbeiterbewegung — die Deakin, Tewson, Kupers und Carey — klammerten sich an die hergebrachten diskriminierenden Regeln und wollten sie in die Reihen der Föderation hineintragen, wo sie eine Anzahl von führenden Posten bekleideten. Mit dem Hochmut von Kolonisatoren behinderten diese Herren die Entfaltung der Tätigkeit der Föderation in den Ländern Asiens. Es kam so weit, daß sie nicht einmal die Möglichkeit gaben, die Berichte der Delegationen zu veröffentlichen, die im Auftrag der Föderation Japan und Korea besucht hatten. Die reaktionären Führer des Britischen Trade-Union-Kongresses gaben im Jahre 1948, im Grunde genommen, ihren Segen zur Zertrümmerung der malaisischen Gewerkschaftsföderation durch die Labourregierung. Der von Kupers geleitete Gewerkschaftsbund unterstützte die holländische Aggression gegen die Indonesische Republik.

Die Aussicht auf Einberufung einer Gewerkschaftskonferenz der Länder Asiens und Ozeaniens flößte diesen Herren, die die imperialistische Politik ihrer Regierungen verfechten, Angst ein. Drei Jahre lang suchten sie die Abhaltung der Konferenz auf jede erdenkliche Weise zu vereiteln. Louis Saillant, der Generalsekretär der Weltföderation der Gewerkschaften, hat in seiner Rede auf der Konferenz in Peking daran erinnert, daß einer der Beweggründe für diejenigen, die die Weltföderation der Gewerkschaften um jeden Preis sprengen wollten, das Bestreben war, den Zusammenschluß der Gewerkschaftsbewegung in Asien und ihr Hervortreten auf die Weltarena zu verhindern.

Die Gewerkschaftslakaien der Monopole haben ihre Ziele nicht erreicht. Die Weltföderation der Gewerkschaften lebt und gedeiht, ungeachtet dessen, daß die Spalter einige Landeszentralen aus ihren Reihen hinweggeführt haben. Die

Gewerkschaftskonferenz der Länder Asiens und Ozeaniens ist zusammengetreten und tagt mit gewaltigem Erfolg. Sie wird im Konsolidierungsprozeß der Kräfte der Werktätigen dieses ausgedehnten Raums, in dem eine gute Hälfte der Menschheit lebt, ein bedeutender Markstein sein.

Schon die ersten Sitzungen der Konferenz in Peking, die Atmosphäre selber, in der ihre Arbeit verläuft, offenbaren das gewaltige Wachstum des Selbstbewußtseins der Werktätigen in den kolonialen und abhängigen Ländern. Das historische Beispiel der Völker der Sowjetunion, die den mächtigen sozialistischen Staat erbaut und der ganzen werktätigen Menschheit den sicheren Weg zu einer besseren Zukunft gewiesen haben, begeistert sie zum Kampf gegen den Imperialismus, für den Frieden und die Freiheit. Sie schöpfen Begeisterung aus den großartigen Siegen des chinesischen Volkes, den Erfolgen der Völker Koreas und der Mongolei, die das Joch der fremdländischen Kolonisatoren Asiens abgeschüttelt haben.

Die Tätigkeit der Weltföderation der Gewerkschaften zur Verteidigung der Gewerkschaftsrechte sowie der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Werktätigen in den Ländern Asiens und Ozeaniens hat auf der Konferenz volle Billigung und Unterstützung gefunden. Im Namen von Millionen Arbeitern und Angestellten schätzten die Delegierten die Unterstützung, die die Föderation den im Kampf um ihre Befreiung und ihre Unabhängigkeit stehenden unterdrückten Völkern dieser Länder erwiesen hat, hoch ein. Die Konferenz begrüßte die treue Hingabe der Föderation an die Prinzipien, die ihrer Tätigkeit in den kolonialen, abhängigen und wirtschaftlich rückständigen Ländern zugrunde gelegt und auf dem Mailänder Kongreß im Juli 1949 bekräftigt wurden. In der Resolution der Pekinger Konferenz heißt es:

„Diese Prinzipien fordern die Vernichtung des Systems von Kolonien, Protektoraten und abhängigen Gebieten als Sphären wirtschaftlicher Ausbeutung; die Erweisung von Unterstützung an die Völker dieser Länder bei ihren Bemühungen, sich ihr Recht auf Selbstbestimmung zu erringen und die volle nationale Unabhängigkeit zu erzielen; die Vernichtung jeglicher auf Rasse, Hautfarbe, Nationalität und Religion beruhender Diskriminierung in den Gewerkschaften dieser Länder; die Einführung einer Gesetzgebung über Arbeiterfragen, damit die Verteidigung der Interessen der Werktätigen und ihre aktive Teilnahme an der Ausarbeitung und Durchführung der Wirtschaftspolitik ihrer Länder sichergestellt werde.“

Die Konferenz begrüßte aufs wärmste die Gründung eines ständigen Büros der Weltföderation der Gewerkschaften zur Aufrechterhaltung der Verbindungen mit den Gewerkschaften der Länder Asiens und Ozeaniens zwecks ihrer systematischen Unterstützung und zwecks Festigung des wechselseitigen Kontakts zwischen den Werktätigen dieser Länder; Sitz dieses Büros wird China sein. Es wurden Maßnahmen zur Festigung der Zusammenarbeit der asiatischen Gewerkschaften der einzelnen Industriezweige mit den Industrieabteilungen der Föderation vorgemerkt. Die Konferenz appellierte an die Weltföderation und die zu ihr gehörenden Landeszentralen, eine energische Kampagne zu entfalten, um die Freilassung und Amnestierung aller in den Ländern Asiens und Ozeaniens verhafteten und verurteilten Gewerkschaftsführer und -mitglieder zu erkämpfen. Dieser Appell muß vernommen werden. Die reaktionären Behörden einer Anzahl asiatischer Länder setzen die Teilnehmer der demokratischen Gewerkschaftsbewegung grausamen Verfolgungen aus. In Indien sind 25 000 Menschen eingekerkert, im Iran mehrere namhafte Gewerkschaftsfunktionäre zum Tode verurteilt worden. Die internationale Gewerkschaftsbewegung muß ihre Stimme zum Protest gegen diese Verbrechen erheben und den Henkern in den Arm fallen.

Nach dem zweiten Weltkrieg trat die Arbeiterklasse der kolonialen und abhängigen Länder an die Spitze der nationalen Befreiungsbewegung, die schon höchst bedeutende Erfolge erzielt hat. Die Festigung der Verbindungen der Gewerkschaften Asiens und Ozeaniens mit der Weltföderation der Gewerkschaften, mit dem gesamten demokratischen Lager der Welt ist das Unterpfand neuer Erfolge des Kampfes der kolonialen Völker für den Frieden und die Freiheit.

Die Imperialisten versuchten und werden auch künftighin versuchen, die Arbeiterbewegung in den kolonialen und abhängigen Ländern mit Hilfe von Agenten in den Gewerkschaften unter ihre Kontrolle zu nehmen, um diese Bewegung zu zersetzen und zu schwächen. In vielen Staaten Asiens wird der Terror gegen die wahren Arbeiterorganisationen verstärkt, werden polizeiliche Pseudogewerkschaften geschaffen. Aber das Fiasko, das die Versuche von Agenten der amerikanischen Arbeitsföderation und der reaktionären Spitzenclique des Britischen Trade-Union-Kongresses erlitten haben, eine „asiatische Konferenz“ der Gewerkschaften in Indore einzuberufen, beweist, daß die werktätigen Massen Asiens ihnen nicht auf den Leim gehen.

Die Weltarbeiterschaft begrüßt die Konferenz

in Peking und gibt der Überzeugung Ausdruck, daß die Beschlüsse dieser Konferenz zur Stärkung der antiimperialistischen Front in Asien, zum Zusammenschluß der Millionenmassen der Werk-

tätigen um die Weltföderation der Gewerkschaften und um ihre Kampflösungen für den Frieden, für den materiellen Wohlstand der Werktätigen und für den sozialen Fortschritt beitragen werden.

Fünfundzwanzig Jahre Mongolische Volksrepublik

VOR einem Vierteljahrhundert nahm der Große Volks-Chural der Mongolei die erste Verfassung in der Geschichte des mongolischen Volkes an und rief im Land die unabhängige Volksrepublik aus. Damit wurde eine wichtige Etappe der antiimperialistischen und antifeudalen Volksrevolution abgeschlossen, die im Jahre 1921 begonnen hatte.

Die vorrevolutionäre Mongolei war ein rückständiges Feudalland. Die Bevölkerung bestand in ihrer Masse aus Viehzucht treibenden Bauern, die unter den schweren Verhältnissen eines dem Urzustand nahekommenden Nomadendaseins lebten. Sie waren dem gleichzeitigen Druck der Feudalherren, der Klöster und der ausländischen kapitalistischen Händler ausgesetzt. Es gab in der Mongolei keine Industrie. Die Bevölkerung bestand fast durchgehend aus Analphabeten, das Volk wurde von Seuchen dezimiert.

Die Volksrevolution hat das Antlitz des Landes von Grund aus verändert. Vor allem ist das Verhältnis der Klassenkräfte ein anderes geworden. Die Klasse der Feudalherren und die Übermacht der Klöster wurden in der Republik aufgehoben. Feudal- und Klosterbesitz wurden dem werktätigen Volke übereignet. Das Haupt der Sowjetregierung, Generalissimus Stalin, äußerte in seinem Begrüßungsschreiben an den Ministerpräsidenten der Mongolischen Volksrepublik, Marschall Tscholbalssan, den folgenden Hinweis:

„In den verflossenen Jahren hat das mongolische Volk, das in beharrlicher Arbeit die Hinterlassenschaft der Vergangenheit — die jahrhundertealte Rückständigkeit — liquidiert, bei der Hebung des Wohlstandes und der Kultur seines Landes große Erfolge erzielt.“

Im Lande wurde eine eigene Industrie geschaffen. Es wurde ein großes Kombinat der Leichtindustrie erbaut, das den Namen Tscholbalssan trägt. Ein Wärmekraftwerk und Wollwäschereien wurden in Betrieb genommen. Es entstanden Unternehmen zur Kohlenförderung und Buntmetallgewinnung. Metall- und Holzverarbeitung sowie andere Industriezweige sind auf-

gekommen. In Ulan Bator arbeitet eines der größten Fleischkombinate, das nach der modernsten Technik ausgerüstet ist. Der Wert der von der mongolischen Industrie gefertigten Produktion hat sich im Laufe von 20 Jahren — von 1927 bis 1947 — mehr als verhundertfacht und 188,3 Millionen Tugrik (ein Tugrik = 1,31 Rubel) erreicht.

Große Erfolge erzielte die Republik in der Viehzucht, die die Grundlage der Wirtschaft des Landes bildet. Im Jahre 1918 betrug der Viehbestand 12 700 000 Stück, 1941 bereits 27 535 000 Stück. Von 1940 bis 1948 hat sich die Warenproduktion der Viehzucht verdoppelt. Es wurden Hunderte von tierärztlichen Sanitätsstellen eingerichtet. Die schreckliche Geißel der Viehzucht, die Rinderpest, ist im Lande liquidiert worden. Ein Netz von Heumahdstationen mit Pferdezugkraft wurde angelegt. Zum erstenmal in der Geschichte der Mongolei wurde eine Grundlage für den Ackerbau geschaffen, wurden Staatsgüter für Getreideanbau ins Leben gerufen, die mit modernsten Mitteln der Landwirtschaftstechnik, darunter Traktoren, ausgerüstet sind. Die Anbaufläche hat sich in den 25 Jahren um das 173fache erweitert.

Im Jahre 1923 gab es im Lande nur 12 Grundschulen, jetzt gibt es mehr als 400 Grund- und Mittelschulen. Früher hatte das Land keine eigene Intelligenz. Jetzt bestehen in der Republik technische Mittelschulen und eine Universität, Theater und Bibliotheken. Die alte Mongolei hatte kein einziges Krankenhaus. Jetzt gibt es im Lande mehr als 60 Krankenhäuser und ärztliche Beratungsstellen, 316 Sanitätsstellen, mehr als 100 Kinderkrippen, Kinder- und Frauenberatungsstellen.

Der Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft und der Kultur erschließt dem mongolischen Volk weite Perspektiven. Auf der Ausstellung der von der Republik im Laufe der 25 Jahre erzielten Errungenschaften, die am Tag der Jubiläumsfeier in Ulan Bator eröffnet wurde, konnten die Besucher die greifbaren Ergebnisse sehen, die in den ersten beiden Jahren der Erfüllung dieses Plans erzielt wurden.

Eine besonders große Errungenschaft der Republik in diesen 25 Jahren sind ihre neuen Menschen, die von der Ausbeutung befreiten Kader von Werktätigen. Es sind Menschen wie der Arbeiter des Tschoidalssankombinats Punzakendon, der zum mongolischen Volksfeiertag seinen Fünfjahrplan erfüllte, oder wie der Viehzüchter Sertschin, der eine Herde von 544 Stück Rindvieh betreut und über den Plan hinaus 74 Tiere aufgezogen hat.

Dank den Leistungen solcher Menschen vollendet die Mongolische Republik das Programm des zweiten Jahrs des Planjahrhüfnts vor dem Termin.

Das mongolische Volk weiß, daß es seine Errungenschaften vor allem der Unterstützung durch das Sowjetland zu verdanken hat. Mit Hilfe der Sowjetunion erstete die mongolische Industrie, wurden zahlreiche Fabriken, Werke und Erzgruben geschaffen. Die auf gegenseitiger Achtung, auf gegenseitigem Vertrauen und Beistand begründete langjährige Freundschaft der Sowjetunion mit der Mongolischen Republik ist ein Musterbeispiel gutnachbarlicher Beziehungen zwischen großen und kleinen Staaten.

In der Antwort Marschall Tschoidalssans auf das Begrüßungsschreiben des Hapts der Sowjetregierung, J. W. Stalins, heißt es:

„Die Große Oktoberrevolution und die unbesiegbare Lehre Lenins-Stalins haben dem

mongolischen Volke die lichte Bahn zur Freiheit und zum Glück erschlossen, und dem ist es zu verdanken, daß unser Volk in den verfloffenen 25 Jahren des Bestehens der Mongolischen Volksrepublik bei der Überwindung der Überreste des Feudalismus und bei der Entwicklung der Wirtschaft und der Kultur seines Landes gewaltige Erfolge errungen hat.

Das mongolische Volk verdankt seine Freiheit und Unabhängigkeit, alle seine Errungenschaften im staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau unseres Landes der vielseitigen und uneigennütigen Hilfe des großen Sowjetvolkes, der unerschütterlichen und ewigen Freundschaft unserer Völker, die allen Prüfungen standgehalten hat, sowie Ihnen — dem großen und fürsorglichen Freund und Lehrer des mongolischen Volkes.“

Die Fünfundzwanzigjahrfeier des unabhängigen Bestehens der Mongolischen Volksrepublik, die gewaltigen Erfolge, die sie bei der grundlegenden Umgestaltung und Entwicklung ihrer Wirtschaft erzielt hat, erfüllen das mongolische Volk und seine Freunde in allen Ländern mit berechtigtem Stolz. Diese Erfolge sind ein anschauliches Beispiel dafür, welch weite Perspektiven sich vor den Völkern Asiens — den großen wie den kleinen — erschließen, die sich vom Joch des Imperialismus befreit und festen Schrittes den demokratischen Entwicklungsweg betreten haben.

Friedensbotinnen

M. OWSJANNIKOWA, J. SCHEWELJOWA

DIE Moskauer Tagung des Rats der Internationalen Demokratischen Frauenföderation dauerte sechs Tage. Vertreterinnen der demokratischen Frauenorganisationen aus 36 Ländern der Welt versammelten sich hier, um das Fazit ihrer Arbeit zu ziehen und die Zukunftsaufgaben zu umreißen. In der Tagung des Rats stand viel Wichtiges zur Debatte: die Verteidigung der wirtschaftlichen Rechte der Frauen angesichts der Zunahme des Elends und der Arbeitslosigkeit in den kapitalistischen Ländern, die demokratische Presse der Frauen und ihre Aufgaben, die Vorbereitung einer Frauenkonferenz der Länder Asiens und der Internationale Kindertag. Aber das Wesentliche und Fundamentale war der Kampf für den Frieden, war die Frage, wie die größte Friedensschlacht der Menschheitsgeschichte besser, wirksamer, aktiver zu führen und wie diese Entscheidungsschlacht für ein glückliches Leben von Generationen zu gewinnen sei.

„Frauen aller Länder! Eine große Verantwortung gegenüber unseren Kindern, gegenüber unseren Völkern, gegenüber der Menschheit und der Geschichte liegt auf uns. Und wenn alle Frauen — wir sind die Hälfte der Menschheit — in geschlossener Front gegen die Kriegsbrandstifter auftreten, wird es keinen Krieg geben!“

Diesen Aufruf hatte der II. Internationale Frauenkongreß vor einem Jahr an die Frauen aller Länder und sämtlicher Völker gerichtet. Das auf dem Kongreß angenommene Manifest zum Schutz des Friedens fand weit und breit Widerhall bei den fortschrittlichen Frauen und diente ihrem noch stärkeren Zusammenschluß unter den Bannern des Kampfs für Frieden und Freiheit auf Erden.

Die unsäglichen Qualen und Leiden, die ein Krieg mit sich bringt, haften den Frauen besonders

tief im Gedächtnis. Die langen schlaflosen Nächte in Erwartung einer Nachricht vom Sohn, vom Gatten, vom Vater oder vom Bruder, die an den Fronten kämpften. Der tiefe Schmerz, der untröstliche Gram der Mütter, der Witwen, der Waisen. Der Kummer über zerstörte Familien und vernichtete Heimstätten. Mit großer Überzeugungskraft sprachen die Delegierten hierüber in der Tagung, voller Entschlossenheit, dem Krieg den Weg zu verlegen.

Als die Tagung des Rats der Internationalen Demokratischen Frauenföderation eröffnet wurde, standen mehr als 80 Millionen Frauen in den Reihen der Föderation. Die demokratischen Landesorganisationen der Frauen wachsen ununterbrochen. Während des letzten Jahres hat der Verband italienischer Frauen seine Mitgliederzahl auf mehr als das Doppelte erhöht: von 400 000 auf 1 021 000. Im Demokratischen Frauenbund Deutschlands sind jetzt 374 800 Frauen vereinigt.

In der Moskauer Tagung des Rats wurden der Friedensbund amerikanischer Frauen (Bolivien), der Frauenbund Ekuadors, der Rat der demokratischen Frauen Japans und die Assoziation der arabischen Frauen des Staats Israel in die Föderation aufgenommen. Ferner bestätigte die Tagung den Beschluß des Vollzugsausschusses des Rats, wonach die Schweizer „Volksbewegung der Frauen“, die Organisation fortschrittlicher Frauen des Staats Israel und die syrische Gesellschaft zum Schutz von Mutter und Kind in die Föderation aufgenommen wurden. Die Tatsache, daß der Föderation immer neue demokratische Frauenorganisationen beitreten, zeugt schlüssig von der Kraft und Festigkeit der Internationalen Demokratischen Frauenföderation, von der Zunahme ihres Einflusses in aller Welt.

Die Föderation hat einen festen Platz in den führenden Reihen der Friedenskämpfer eingenommen, sie ist zu einem machtvollen Trupp des demokratischen Lagers geworden. Mit Stolz kann sie vermerken, daß ihrer in Gemeinschaft mit den fortschrittlichen Kulturschaffenden aller Länder geäußerten Anregung zur Einberufung des Weltkongresses der Friedensanhänger Erfolg beschieden war. Diesem Kongreß sind Friedenskongresse in den wichtigsten Hauptstädten gefolgt. In 17 Ländern fanden Landeskongresse der Friedensanhänger statt, in 46 Ländern wurden Landeskomitees der Friedensanhänger gegründet. Die Vertreterinnen der Frauen-Landesorganisationen sind diesen Komitees überall beigetreten und nehmen ersprießlichen Anteil an deren Tätigkeit. Am Internationalen Tag des Friedensschutzes, am 2. Oktober, haben Millionen Frauen zusammen mit den Männern die Entschlossenheit bekundet, ihre Kräfte dem großen

gerechten Kampf gegen den Krieg, für den Frieden und die Sicherheit der Völker zu weihen.

Die in der Internationalen Demokratischen Frauenföderation vereinigten fortschrittlichen Frauen haben schon beträchtliche Erfahrungen gesammelt. Zu ihrem Rüstzeug gehören bemerkenswerte Kampfformen: „Friedenskarawanen“ und „Friedenshefte“ in Frankreich; „Friedenswagen“ in England; Agitation und Propaganda nach Wohnvierteln — von Haus zu Haus, von Tür zu Tür — in Italien; Unterschriftensammlungen für den Frieden, Petitionen an die eigenen Regierungen und vieltausendköpfige Protestdemonstrationen gegen den Nordatlantikkpakt.

* * *

Das lichte Ideal des Aufbaus der Welt, der Organisierung menschlicher Beziehungen und jener Weg zu wirtschaftlicher und geistiger Blüte, den die Menschheit beschreiten muß, ist Millionen Frauen schon klar. Darum klar, weil es den Kräften der Reaktion nicht gelingt, den Volksmassen die unstreitigen historischen Errungenschaften der Sowjetunion zu verhehlen, die für alle einfachen ehrlichen Menschen zum Symbol des Friedens und des Volksglücks geworden ist. Darum klar, weil Millionen die unbestreitbaren Erfolge der Länder der Volksdemokratie vor Augen haben.

In der Sowjetunion sind die jahrhundertealten Träume der unterjochten Massen der Werktätigen und der besten Menschen aller Zeiten zu lebendigen Taten, zu einer wunderbaren Wirklichkeit geworden. Unser sozialistischer Staat hat den Menschen von der grausamen Ausbeutung befreit, hat die Frau entknechtet, sie erzogen und auf höchste führende Posten gestellt. Im Friedenskampf gebührt den Sowjetfrauen eine Ehrenrolle. Sie haben wiederholt ihren festen Willen zur entschlossenen Verfechtung des Friedenswerkes bekundet. Ebendarum erklangen auf der Rednertribüne der Tagung so viele herzliche Begrüßungen und innige Wünsche an die Sowjetfrauen.

* * *

Der Friedenskampf von Millionen fortschrittlichen Frauen ist überaus fruchtbringend. Unter welchen schweren, schwierigen Verhältnissen er auch durchgeführt werden, mit welchen Repressalien das Lager der Reaktion auch versuchen mag, die wachsende, erstarkende Einheit der Friedensanhänger zu sprengen, — der Friedenskampf ist lebensbejahend und optimistisch.

In Frankreich werden die Frauen, die für den Frieden kämpfen, von den Behörden verfolgt und vor Gericht gestellt. Aber die französischen

Frauen beteiligen sich an diesem Kampf aktiv in allen Bezirken des Landes. Sie haben sich mit der Aufforderung, keine weiteren Kriegsmaterialien für den Krieg in Vietnam zu verladen, an die Hafenarbeiter gewandt. Den Seeleuten und Soldaten, die nach Indochina entsandt werden, erklären sie den wahren Charakter des Kolonialkriegs.

Hunderte von Müttern zogen in Trauerkleidung durch die Straßen von Paris. Ihre Söhne sind in Vietnam gefallen, und die Mütter forderten vom Kriegsministerium die unverzügliche Einstellung des Kriegs. Sie riefen: „Es lebe der Friede!“

In Argentinien und in Brasilien wurden Landeskongresse der Friedensanhänger trotz behördlichem Verbot durchgeführt. Auf dem Kongreß in Argentinien versammelten sich in La Plata 1200 Delegierte verschiedener Rassen, verschiedener politischer Anschauungen und Glaubensbekenntnisse. Zu ihnen gehörten etwa 500 Frauen. Der Magistrat weigerte sich, dem Kongreß das Theater zur Verfügung zu stellen; sofort begannen Protestdemonstrationen auf den Plätzen, in den Cafés, vor den Gebäuden der Gesetzgebenden Versammlung der Provinz sowie der Regierung und des Magistrats. Weder berittene Polizei noch speziell zur Jagd auf die Manifestanten aufgebote Trupps mit Polizeihunden vermochten den Männern und den Frauen Einhalt zu gebieten, die sich entschlossen hatten, ihr Lebensrecht und die Rechte ihrer Kinder zu schützen. Die Delegationsführer und die Organisationsvertreter, die den Kongreß vorbereitet hatten, bildeten ein ständiges Komitee der Friedensanhänger, das eine Deklaration veröffentlichte und sie an die Manifestanten verteilte. Sie wurde unter tosendem Beifall gebilligt.

Auch in Brasilien — in Bahía, Minas Geraes, Rio Grande do Sul — fanden Friedenskongresse statt, ungeachtet des Verbots und der Polizeirepressalien, bei denen es Tote und Verwundete gab.

Im Sommer dieses Jahres fand in Assam, einem östlichen Grenzbezirk Indiens, eine Konferenz der Friedensanhänger statt. Die Polizei fiel über die Delegierten und die Konferenzgäste her, mißhandelte sie mit Gewehrkolben und stach mit Bajonetten auf sie ein. Acht Volkshelden kamen ums Leben. Mehrere hundert Personen wurden verhaftet. Unter den Todesopfern war Jatika Dajmani, eine Kämpferin der Bauernbewegung Indiens.

Bald darauf wurde in Bombay eine Konferenz der Friedensanhänger durchgeführt, an der 2000 Delegierte teilnahmen. Sie trat trotz dem Verbot

der Bombayer Behörden zusammen. Die Konferenz ging in eine Riesendemonstration gegen die imperialistische Kriegsschürung über, bei der die Regierung Nehru eine große Rolle spielt.

Mit glühenden Augen erzählten die Delegierten auf der Tagungstribüne von diesen Tatsachen. Besondere Erregung klang aus Dolores Ibarruris Stimme. Voll großen tiefen Schmerzes und grenzenloser Empörung über die Henker der Freiheit hörten die Tagungsteilnehmer die erschütternde Schilderung des Kampfes des spanischen Volks gegen das Francoregime.

„Über Spanien sprechen, über mein Land sprechen, heißt über das unendliche Leid meines Volks sprechen; heißt über den langwierigen und qualvollen, glorreichen und heroischen Kampf der spanischen Demokraten gegen die blutige Francotyrannie sprechen; heißt über das Elend und den Ruin der Mehrheit des spanischen Volks sprechen; heißt über tausende Männer und Frauen sprechen, die feiger Unterwerfung oder schmachvoller Aussöhnung Kampf und Gefängnisse, Folterpein und Tod vorgezogen haben! ...“

Eine Gruppe eingekerkelter spanischer Patriotinnen hat in ihren entsetzlichen Gefängniszellen Handarbeiten als Geschenk für die Sowjetfrauen angefertigt. Welchen Optimismus, welchen Glauben an den Sieg der eigenen Sache muß man besitzen, um, von Folterungen bedroht, buntfarbige, frohe Ornamente des Lebens zu sticken! Die Schmerzensgabe der Frauen des kämpfenden Griechenland konnte auf die zur Tagung delegierten Frauen nicht anders denn aufwühlend wirken. Rula Kuku, Generalsekretärin des Bundes demokratischer Frauen Griechenlands, überreichte der Vorsitzenden des Antifaschistischen Frauenkomitees des Sowjetunion, N. W. Popowa, als Geschenk für die Sowjetfrauen eine Schatulle mit persönlichem Besitz der als Leutnant in Kämpfen gefallenen Mataxo Karela: ihre Orden, ihr Militärbuch mit einem Dankvermerk für die Rettung Verwundeter auf dem Schlachtfeld und ihre Briefe an Freunde. Der chinesischen Delegation überreichte Rula Kuku ein rotes Banner, das die Kämpferinnen der Demokratischen Armee in Kampfpausen gestickt haben.

Die griechischen Delegierten berichteten uns in einem Gespräch: ein monarchofaschistisches Gericht in Saloniki hat 14 junge Patrioten zum Tode verurteilt, darunter einige Mädchen. „Wenn ihr eure Genossen preisgebt, die auf freiem Fuß geblieben sind, wird das Todesurteil aufgehoben werden“, sagte man den Verurteilten. Man sandte ihre Mütter zu ihnen, in der Hoffnung, hierdurch ihren Willen zu brechen, aber es gab unter ihnen keine Verräter. Die fünfzehnjährige

Eupraxia Nikolandru schmiegte sich an ihre Mutter und sagte: „Meine liebe Mutter, wir wollen doch unser Volk nicht verschachern, das werden wir doch nicht tun?“ Und sie starb von der Hand des Henkers.

„Die Monarchofaschisten, die amerikanischen Okkupanten in Griechenland suchen unsere Frauenbewegung mit den barbarischsten Mitteln zu unterdrücken“, sagt eine Griechin, „die Ermordeten und Eingekerkerten zählen nach Tausenden. Die Tyrannen haben Helena Goni enthauptet. Sie haben Evangelia Saradzi verbrannt. Aber die Seele des freien Griechenland werden sie nicht verbrennen können! Sie werden die mächtige Volksbewegung für den Frieden, für das Glück, für das Leben nicht enthaupten können! Die amerikanischen Okkupanten werden gegen das lebendige freie Volk nichts ausrichten können, mögen ihre Dampfer auch jeden Tag Todeswaffen in den griechischen Häfen löschen...“

Rula Kuku sprich hierüber, während neben ihr Amerikanerinnen stehen: Muriel Draper, Eslanda Cardoza Robeson und andere Delegierte des Amerikanischen Frauenkongresses — Vertreterinnen des amerikanischen Volks, Freundinnen des kämpfenden Griechenland.

Die fortschrittlichen demokratischen Frauen Amerikas sind von dem gleichen Friedensdrang beseelt, von der gleichen edlen Freude am Friedenskampf beschwingt wie ihre Schwestern in Griechenland und in den anderen Ländern der Welt. Sie haben eine Massenkampagne zur Unterstützung der griechischen Patrioten durchgeführt, haben Zehntausende von Unterschriften derer gesammelt, die die Einstellung des Terrors in Griechenland fordern.

Der Amerikanische Frauenkongreß hat bei der Vorbereitung des zum Schutze des Friedens einberufenen Amerikanischen Kontinentalkongresses eine führende Rolle gespielt.

Am 2. Oktober hat der Amerikanische Frauenkongreß eine großangelegte Kampagne zur Massenabsendung von Telegrammen der Frauenorganisationen an den Präsidenten eingeleitet; sie fordern ihn auf, die Atombombe zu ächten und eine Politik der wirklichen internationalen Freundschaft und des allgemeinen Friedens zu betreiben.

In diesem hartnäckigen Kampf stoßen die fortschrittlichen Frauen Amerikas auf tausende Drohungen, offene Verhöhnungen und Beleidigungen seitens der aus Rand und Band geratenen Hüter der „Demokratie auf amerikanische Art“.

„Sie fragen mich, welchen Schwierigkeiten man in den Vereinigten Staaten zu begegnen hat? Ich werde nur ein einziges Beispiel anführen“, sagt uns Eslanda Robeson. „Als mein Mann

diesen Sommer in seinem traditionellen Konzert in Peekskill auftreten sollte, haben Polizeiabteilungen und bewaffnete faschistische Banden das Konzert vereitelt. Aber nach einer Woche fand das Konzert statt, und zwar gerade dort, wo es das erstemal stattfinden sollte. Tausende Werktätige, die Paul Robeson als aktiven Friedensanhänger kennen, hatten sich schon in der Morgendämmerung an dem erwähnten Ort versammelt. Sie bereiteten sich zum Besuch des Konzerts ebenso vor, wie man sich zur Teilnahme an einem Streik vorbereitet: entschlossen, die ihnen aufgezwungene Schlacht zu gewinnen. Und sie haben sie in der kleinen Stadt Peekskill gewonnen — ebenso, wie man sie schließlich in ganz Amerika gewinnen wird! Meine Landsleute und ich werden noch den Millionen Werktätigen des Erdballs stolz sagen können, daß wir Amerikaner sind!“ äußert Eslanda Robeson voll Würde.

Wir gedachten der leidenschaftlichen Worte Dolores Ibarruri über Erziehung im Geiste des Patriotismus:

„Wir müssen unseren Männern und Kindern die Wahrheit sagen! Wir müssen die Menschen an den Gedanken gewöhnen, daß, wenn die Heimat einem Überfall ausländischer Armeen ausgesetzt wird, die Verteidigung der Heimat eine heilige Pflicht ist. Aber wir müssen ihnen auch sagen, daß sie nicht zum Schutz der Interessen jener Kasten, von denen sie unterjocht und ausgebeutet werden, in den Tod gehen dürfen. Wir müssen ihnen sagen, daß die Ausbildung in der Handhabung der Waffe nicht für den Überfall auf friedliche Völker, sondern für den Schutz des Friedens, für den Kampf gegen einen Aggressionskrieg not tut, für den Schutz des Rechts der Völker auf Unabhängigkeit, für den Schutz des Rechts der Unterjochten und Ausgebeuteten auf ein menschenwürdiges Leben, für den Schutz ihrer eigenen Rechte und des Rechts ihres Volks auf Freiheit...“

Millionen Frauen sind sich bereits bewußt, daß die Erziehung im Geiste des Nationalstolzes — ebenso wie der Kampf für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Frauen und wie die Sorge für die Zukunft der Kinder — mit dem Friedenskampf unlöslich verknüpft ist.

Wie niederträchtig und verlogen die kapitalistische Presse auftreten mag, die den Völkern die Wahrheit zu verhehlen sucht, — Millionen einfacher, ehrlicher Menschen in aller Welt begreifen, daß die Rüstungsausgaben, die Kriegsvorbereitungen und die Last der Krise auf die Schultern der Werktätigen abgewälzt werden.

„Die Profite der Kapitalisten wachsen“, sagte Marian Ramelson, die Delegierte Englands. „In

England beliefen sie sich 1938 auf 1 173 000 000 Pfund Sterling, im Jahre 1948 erreichten sie 2 857 000 000 Pfund Sterling. Die Produktion wurde um 17 Prozent gesteigert, der Lohn jedoch nur um 3 Prozent!“

Besonders schwer ist die Lage der Frauen in den kolonialen und abhängigen Ländern Asiens. Darum lauschten die Tagungsteilnehmerinnen mit so großer Aufmerksamkeit dem Referat über die Vorbereitung zur Frauenkonferenz der Länder Asiens.

„Am 6. Dezember wird in der Hauptstadt des demokratischen China, in Peking, die Frauenkonferenz der Länder Asiens eröffnet, die in der internationalen Frauenbewegung ein großes Ereignis sein wird“, sagte die Referentin Dingling, Mitglied des Vollzugsausschusses des Demokratischen Frauenverbands von China.

Voll Empörung spricht sie darüber, wie die Imperialisten aus Furcht vor dem Zusammenschluß der Frauen Asiens die demokratische Bewegung drosseln, demokratische Frauen verhaften und die Einreise der Vertreterinnen verschiedener Länder nach China zur Teilnahme an der Konferenz zu hintertreiben suchen. Die Konferenzteilnehmer werden Berichte entgegennehmen über den Kampf der Frauen Asiens für nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Frieden, über den Schutz der Rechte der Kinder und über den Schutz des Friedens durch die Frauen der ganzen Welt.

Dingling beendet ihre Rede mit den Worten: „Es lebe der dauerhafte Friede in der ganzen Welt!“

Es lebe Genosse Stalin, der Führer und Lehrer der Werktätigen der ganzen Welt!“

Die Tagung des Rats faßte den Beschluß, den 1. Juni als Internationalen Kindertag festzusetzen. Das Recht auf Leben, das Recht auf Gesundheit, das Recht auf Bildung für alle Kinder des Erdballs überall zu beschützen — diese Aufgabe stellen sich die in der Internationalen Demokratischen Frauenföderation vereinigten Frauen bei der Festsetzung des Internationalen Kindertags.

* * *

Die vor vier Jahren gegründete Internationale Demokratische Frauenföderation hat den zahlreichen Attacken der Reaktion, den gehässigen Ausfällen der bürgerlichen Presse sowie den Verleumdungen seitens der Feinde des Friedens, der Feinde des Lebens und Glückes des Volks standgehalten. Die Internationale Demokratische Frauenföderation ist zu einer machtvollen Organisation geworden.

Auf der Moskauer Tagung ihres Rates hat die Föderation Millionen Frauen die Kampfaufgabe gestellt, in allen Ländern Massenkampagnen für unverzügliche Rüstungseinschränkung, für die Ächtung der Atomwaffe und für die Unterzeichnung eines Pakts zur Festigung des Friedens zu entfalten.

„Ihr seid Friedensbotinnen!“ sagt eine einfache Sowjetfrau zu einigen Delegierten aus einem fernen Land, als sie nach Schluß der Tagung des Rats der Internationalen Demokratischen Frauenföderation den Saal verließ. „Friedensbotinnen! Unser großer Lehrer Josef Wissarionowitsch Stalin sagt, daß die Frauen eine große Kraft sind. Wir sind in der Tat eine große Kraft. Vergesst dies nicht, wenn ihr heimkehrt!“

Das Ränkespiel der Imperialisten in Tibet

T. JERSCHOW

DER HISTORISCHE SIEG des chinesischen Volkes hat dem Lager des Imperialismus einen überaus starken Schlag versetzt. Mit dem Sieg der chinesischen Demokratie hat in der Geschichte aller von den Imperialisten unterdrückten Völker Asiens ein neues Kapitel begonnen.

Die Wall Street mußte feststellen, daß ihre auf die Unterjochung Chinas gerichteten Pläne offenkundig vollkommen zusammengebrochen sind. Jetzt schmieden die amerikanischen Weltherrschaftsanwärtler und ihre englischen Partner neue Ränke gegen das chinesische Volk. Sie trachten

vor allem danach, sich in einzelnen Gebieten Chinas zu verschanzen.

In diesem Lichte sind die Ereignisse zu betrachten, die sich unlängst in Tibet, dem südwestlichen Teil Chinas, abgespielt haben. Es handelt sich hier um einen frechen Versuch der englisch-amerikanischen Imperialisten, dieses strategisch wichtige Gebiet von China abzutrennen und in ihre Kolonie, ihren Militärstützpunkt umzuwandeln.

* * *

Erinnern wir daran, daß sich Tibet über ein die Grenze zwischen China und Kaschmir, Indien, Nepal sowie Bhutan entlanglaufendes großes Hochgebirgsplateau erstreckt, das im Süden vom Himalaja und im Norden von der Gebirgskette Kuenlun begrenzt wird. Der Flächeninhalt Tibets beläuft sich auf etwa 905 000 Quadratkilometer, womit er ungefähr dem Territorium Deutschlands und Frankreichs zusammengenommen entspricht; die Einwohnerzahl beläuft sich nach Angaben von 1934 auf 3 722 000. Offizielle Religion ist der Buddhismus nördlicher Prägung, d. h. der Lamaismus. Als höchste religiöse Autoritäten gelten die „Inkarnationen Buddhas“ — der Dalai Lama und der Taschi Lama.

Hauptbeschäftigung der Bevölkerung ist die von Nomaden betriebene Viehzucht, im Süden aber Ackerbau. Eine moderne Industrie gibt es praktisch nicht; die beträchtlichen, wenn auch wenig erforschten Bodenschätze (Gold, Silber, Kupfer, Blei u. a.) werden fast nicht ausgebeutet. Das Heimgewerbe ist hauptsächlich mit der Verarbeitung landwirtschaftlichen Rohstoffs (Teppichknüpferei und Wollstofferzeugung) beschäftigt. In Tibet herrschen die feudalen Beziehungen vor. Der gesamte Grund und Boden wie auch die Produktionsmittel gehören den buddhistischen Klöstern, dem geistlichen und weltlichen Feudaladel. Es gibt mehr als 3000 Klöster, welche Mittelpunkte der Feudalausbeutung darstellen, während sich die Zahl der Mönche, der Lamas auf 300 000 beläuft. Die Bauern sind an die Scholle gebunden und werden grausam ausgebeutet. Sie leisten Zwangs- und Fronarbeit.

Obwohl die geographischen Verhältnisse den Verkehr zwischen Tibet und den anderen Teilen Chinas erschweren (die Karawanenstraßen führen durch Wüsten und über Gebirgsketten), erhielt dieses Gebiet von jeher enge politische, wirtschaftliche, ethnische und religiöse Beziehungen zum übrigen China aufrecht. Eine bedeutende Anzahl tibetischer Lamaiten ist in den Provinzen Sikang, Szetschuan, Tschinghai, in der Inneren Mongolei und in der Mandschurei ansässig. Die chinesische und die tibetische Sprache haben viel miteinander gemein. Der größte Teil der notwendigen Lebensmittel und Kleidungsstücke wird aus den Nachbarprovinzen eingeführt.

Politische Beziehungen zwischen China und Tibet wurden bereits im achten Jahrhundert angeknüpft, als der Regent Tibets, Kri Srongdetsan, und der Regent Chinas, Bun Pu He-u Tig Hwang Te, einen Vertrag abschlossen, laut dem sie „im Ermessen der beiderseitigen Wohlfahrt von Tibet und China ihre Besitzungen zusammenlegten“. Der Wortlaut dieses Vertrags hat sich als Säuleninschrift zu Lhasa bis auf den heutigen Tag erhalten.

Das gegenwärtige theokratische Regime in Tibet entstand als Folge des Umstandes, daß der chinesische Kaiser Kublai Khan im Jahre 1275 den Lama des Klosters Sakja mit der Verwaltung von Tibet beauftragte. Der Titel Dalai Lama wurde dem Oberhaupt der buddhistischen Sekte der „Gelbmützen“ erstmalig durch einen Regenten der Mongolei verliehen. Die Verwaltungsbehörden des Dalai Lama genossen eine recht weitgehende Autonomie, besonders in religiösen Fragen, jedoch überwachte die chinesische Zentralregierung nicht nur durch ihre Statthalter, Ambanjas genannt, die Steuereintreibung, sondern bestätigte auch den Dalai Lama in seiner Stellung durch Überreichung des Staatsiegels.

Die souveränen Rechte Chinas über Tibet wurden in zahlreichen internationalen Abkommen der Neuzeit anerkannt, so z. B. im Vertrag von 1890, in dem die Grenze zwischen Tibet und Indien festgelegt wurde; in der von England und China unterzeichneten Peking Konvention von 1906; im dritten Abschnitt des russisch-englischen Abkommens von 1907; in dem Entwurf eines Abkommens zwischen England und China, das im Jahre 1914 auf der Konferenz in Simla abgefaßt und von den englischen Vertretern unterzeichnet wurde. Der derzeitige Dalai Lama Tibets, der vierzehnjährige Jampal Nga-wang Lobsang Yishey Tenzing Gyatso, wurde von der chinesischen (Tschungkinger) Regierung in diesem Rang bestätigt und traf im Jahre 1940 in Begleitung chinesischer Ambanjas und einer chinesischen Eskorte in Lhasa ein.

Nach Eroberung Indiens und Birmas versuchte der englische Imperialismus beharrlich, in Tibet einzudringen. Schürung von Fehden unter verschiedenen Gruppen der buddhistischen Geistlichkeit und Provozierung separatistischer Tendenzen führten nicht zum Ziele. Auch der 1888 unternommene Versuch einer militärischen Invasion führte nicht zur Unterwerfung Tibets. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts konnte England lediglich die südlich vom Himalaja gelegenen lamaistischen Gebiete Sikkim und Bhutan an sich reißen. Im Jahre 1904 machten sich die englischen Truppen den Russisch-Japanischen Krieg zunutze, drangen in Tibet ein und besetzten Lhasa, wo sie sich jedoch nicht halten konnten. Im Jahre 1906 mußte England auf den „Vertrag“ verzichten, den es Tibet aufgezwungen hatte, und Verhandlungen mit China aufnehmen. Laut dem russisch-englischen Abkommen von 1907 entsagte England der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Tibets, der Versuche, dort Zugeständnisse und Konzessionen zu erlangen, und verpflichtete sich, in Zukunft jegliche Verbindungen mit Tibet nur durch Vermittlung Chinas aufrechtzuerhalten.

In Wirklichkeit aber hörten die englischen Intrigen nicht auf, sie verstärkten sich sogar. Im Jahre 1910 organisierten englische Agenten beispielsweise eine „Flucht“ des Dalai Lama nach Indien. Im Jahre 1914 unternahm England unter Ausnutzung des Bürgerkriegs in China den Versuch, mit China ein Abkommen über „Sonderrechte“ Englands in Tibet zu schließen. Das Abkommen wurde auf der Konferenz in Simla ausgearbeitet, die chinesische Regierung desavouierte jedoch ihre Vertreter und weigerte sich, dieses Abkommen zu ratifizieren.

In den nächsten Jahren gelang es England, seine Positionen in Tibet bis zu einem gewissen Grad zu festigen, namentlich unter dem Vorwand einer „Unterstützung“ bei geologischen Schürfungen und bei der Ausbeutung der Bodenschätze. Im Jahre 1922 stellte es die telegraphische Verbindung zwischen Kalkutta und Lhasa her. Im Jahre 1936 wurde in Lhasa eine ständige englische politische Vertretung eingerichtet.

Nach Proklamierung der „Unabhängigkeit“ Indiens im Jahre 1947 trat England diesem pro forma seine „Rechte und Pflichten“ in bezug auf Tibet ab. Die englische politische Vertretung in Lhasa wurde von nun an indische Vertretung genannt. Sie wird jedoch weiterhin von dem Engländer A. E. Richardson geleitet. In Wirklichkeit ist die Vertretung nach wie vor ein Mittelpunkt der englischen Spionage. Sie kontrolliert die Wirtschaft Tibets und seinen Verkehr mit der Außenwelt.

In den letzten Jahren legen auch die amerikanischen Imperialisten ein besonderes Interesse für Tibet an den Tag. Nach Tibet werden Agenten des Strategischen Dienstbüros (OSS) entsandt, sie studieren das Territorium Tibets und machen dort Luftbildaufnahmen.

Der Sieg der Volksbefreiungsbewegung in China führte zu einer jähen Steigerung des Interesses Washingtons und Londons an Tibet als einem Stützpunkt im Kampf gegen das chinesische Volk. Die USA und England gingen an die Organisation einer Verschwörung, die auf die Loslösung Tibets von der Chinesischen Volksrepublik abzielt.

* * *

Schon im Februar 1949 entschlüpfte der englischen Zeitung „Daily Graphic“ die Erklärung, in tibetischen Klöstern werde eine „Erhebung zur Errettung Chinas vom Kommunismus“ geplant.

Am 8. Juli d. J. brachen die tibetischen Lokalbehörden (die Regierung des Dalai Lama) die Beziehungen zu der chinesischen Zentralregierung (der Kuomintang) ab. Die chinesische Regierungsfunktion in Lhasa wurde geschlossen, das gleiche Schicksal ereilte die chinesischen

Schulen. Die Beamten der chinesischen Regierung und alle in Tibet ansässigen Chinesen wurden angewiesen, unverzüglich das Gebiet Tibets zu verlassen unter dem Vorwand, sie seien der „Beziehungen zu Kommunisten“ verdächtig.

Obwohl die telegraphische Verbindung zwischen Tibet und Indien weiterhin funktionierte und die „indische Vertretung“ in Lhasa nach wie vor den Kontakt mit ihrer Regierung aufrechterhielt — namentlich in der Frage einer Durchreise der ausgewiesenen Chinesen durch indisches Landesgebiet —, brachte weder die chinesische noch die indische Presse bis zum 22. Juli irgendwelche Meldungen über die Ereignisse in Tibet. Die später veröffentlichten Nachrichten über einen „Staatsstreich“ in Tibet widersprachen einander.

Die Kuomintangregierung versuchte die öffentliche Meinung irrezuführen und verbreitete die Version, der „Staatsstreich“ sei „von den Kommunisten inspiriert worden“. Der verleumderische Charakter der Behauptung von einer „kommunistischen Verschwörung“ wurde jedoch bald klargelegt. So gab der Bevollmächtigte der Kuomintangregierung für tibetische Angelegenheiten zu, daß an der Spitze des Staatsstreichs „die örtlichen Behörden und nicht die Kommunisten gestanden haben“. Am 11. August aber proklamierte der Dalai Lama den „Religionskrieg der Buddhisten gegen den Kommunismus“. Schließlich bequimte sich auch die Londoner „Times“ zu dem unumwundenen Geständnis, der „Staatsstreich“ in Tibet habe darin bestanden, daß die „Regierung Tibets“ die Erfindung von einer Verschwörung der Kommunisten ausschaltete, um „sich der chinesischen Kontrolle über Tibet zu entledigen“. Nach den Worten der Zeitschrift „Statesman“ hat sie die gegenwärtige Lage zur „Befreiung Tibets von dem Vasallenverhältnis zu China“ ausgenutzt.

Es ist ganz offensichtlich, daß der sogenannte Staatsstreich in Tibet lediglich den Zweck hatte, den Boden für die Anerkennung der „Unabhängigkeit“ dieses chinesischen Landesteils durch die imperialistischen Mächte vorzubereiten, um ihn nach dem Zusammenbruch des Kuomintangregimes unter der eigenen Macht zu behalten. Die Aktion der tibetischen Behörden wurde durch eine Gruppe englischer Agenten vorbereitet, an deren Spitze der „indische“ Vertreter in Lhasa, der Engländer Richardson, stand. Nach dem „Staatsstreich“ in Tibet werden neue englische Agenten dorthin geschafft, wie z. B. der „Tibetologe“ R. K. Sprigg und der „Ingenieur“ J. E. Reid. Schon am 27. Juli erklärten ungenannte britische „maßgebende Persönlichkeiten“ einem Vertreter der United Press: „Sollte China den Versuch machen, Tibet sein Regime aufzuzwingen, so wird

Tibet England ersuchen, einzugreifen.“ Am 12. September erklärte die gleiche Agentur, die britischen Vertreter im Fernen Osten hegten die Hoffnung, daß „Tibet die westlichen Demokratien um Beistand ersuchen wird, wenn es sich von einer kommunistischen Aggression bedroht sehen sollte“, die Engländer hätten „lebenswichtige Interessen in Tibet“ und seien nicht gewillt, den Kommunisten Zutritt nach Tibet zu gewähren.

In der gleichen Meldung wurde auch erklärt, es könne ein „Versuch unternommen werden, Tibet durch Handelsabkommen zu unterstützen“, ferner könnten „die USA bereit sein, sich einem Hilfsprogramm anzuschließen“.

Die Einmischung der amerikanischen Imperialisten in die tibetischen Angelegenheiten zeichnet sich durch die gleiche Unverfrorenheit und Frechheit aus wie die englischen Machenschaften. Anfang August begab sich eine Gruppe von Amerikanern nach Tibet; sie wurde von einem gewissen Lowell Thomas geführt, einem amerikanischen „Rundfunkkommentator“, der in dieser Eigenschaft nach Indien gereist war. Diese mehr als eigenartige Mission hatte „wertvolle Geschenke für die amtlichen Persönlichkeiten Tibets“ bei sich.

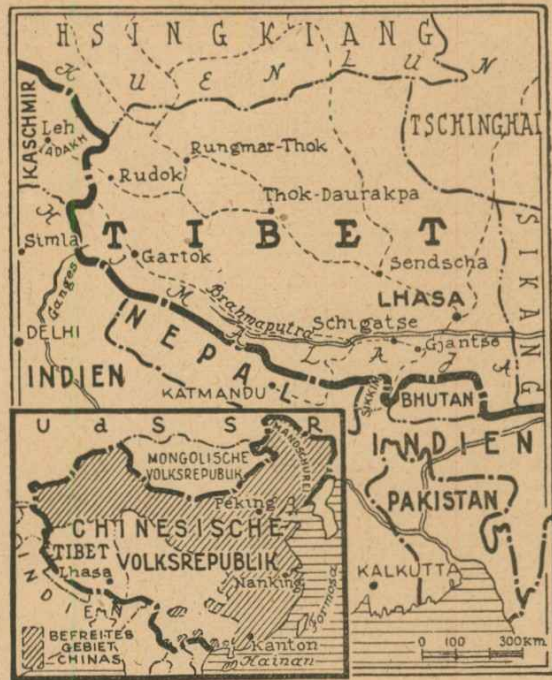
Welche Bedeutung der Reise dieses „Rundfunkkommentators“ beigemessen wurde, geht aus der Tatsache hervor, daß ihm bei seiner Rückkehr aus Lhasa ein Militärflugzeug der amerikanischen Botschaft in Delhi in die Stadt Silguri an der tibetisch-indischen Grenze entgegengeschickt und daß der amerikanische Vizekonsul Bisbee mit seiner Begleitung beauftragt wurde.

Thomas kehrte am 10. Oktober nach Kalkutta zurück, angeblich mit einem Schreiben des Dalai Lama an Truman; er erklärte erstens, daß der Dalai Lama, der Regent Tibets und der Außenminister „einmütig zu der Ansicht gekommen sind, die Flut des Kommunismus eindämmen zu können“, zweitens, daß sie auf „Hilfe von außen“ hofften.

Am 16. Oktober traf Thomas in New York ein, wo er erklärte, die Machthaber von Tibet wollten „zwei Dinge“ von den USA: moderne Waffen und militärische Ratgeber.

Nach amerikanischen Pressemeldungen sind die USA bereit, Tibet als souveränen und unabhängigen Staat anzuerkennen und sein Ersuchen um Aufnahme in die UNO zu unterstützen, was es ermöglichen werde, der Regierung des Dalai Lama „militärische Hilfe“ zu erweisen.

Man kann nicht die Rolle unerwähnt lassen, die die regierenden Kreise Indiens bei diesem schmutzigen abenteuerlichen Unternehmen der englisch-amerikanischen Imperialisten spielen. Wie schon erwähnt, steht die amtliche indische Vertretung in Lhasa in voller Verfügungsgewalt Englands. Die indische Regierung trug zur Ausweisung der



chinesischen Beamten aus Tibet bei. Unmittelbar nach dem „Staatsstreich“ in Tibet kam (mit Hilfe der Kuomintangleute, via Kanton!) der Bruder des Dalai Lama, Se Kusho Gala Thondup, zu politischen Verhandlungen nach Delhi. In unmittelbarem Zusammenhang mit den Ereignissen in Tibet stehen auch die im Sommer d. J. getroffenen indischen Maßnahmen in den an Tibet grenzenden lamaistischen Gebieten, die England seinerzeit von China losgerissen hatte (Ladakh, Sikkim, Bhutan), wie auch der Bau mehrerer Militärflugplätze in der Nähe von Tibet (Leh, Katmandu). Die indische bürgerliche Presse führt einen Feldzug für die Abtrennung Tibets von China. Nehru gab, aus Washington nach Indien zurückgekehrt, eine recht zweideutige Erklärung ab, laut der die „Stellung Chinas in Tibet niemals genau definiert worden“ sei.

Selbstverständlich waren die Kuomintangbehörden bestrebt, dem chinesischen Volke das Wesen dieser Machenschaften zu verhehlen und die öffentliche Meinung durch Verbreitung notorisch verlogener Gerüchte irrezuführen. So bewies die Kuomintangelique noch einmal, daß sie in ihrem wütenden Kampf gegen das Volk die Lebensinteressen und Rechte Chinas auf Schritt und Tritt verrät.

* * *

Das Ränkespiel der imperialistischen Mächte in Tibet stößt auf den entschlossenen Widerstand

der Chinesischen Volksrepublik. Der Oberbefehlshaber der Volksbefreiungsarmee, Tschuteh, gab eine Erklärung ab, in der er hervorhebt, daß Tibet ebenso wie das gesamte übrige Territorium Chinas befreit werden wird. Die amtliche Telegraphenagentur der Chinesischen Volksrepublik, Hsinhua, schätzt die Lage folgendermaßen ein:

„Tibet ist chinesisches Territorium und seit langer Zeit durch feste Bande mit China verknüpft. Die chinesische Volksbefreiungsarmee wird das gesamte Staatsgebiet Chinas einschließlich Tibets, Sikangs, der Inseln Hainan und Formosa befreien und es nicht zulassen, daß auch nur ein Fußbreit chinesischen Bodens außerhalb des Machtbereichs der Chinesischen Volksrepublik bleibe.“

Das Verhältnis des tibetischen Volks zu dem abenteuerlichen Unternehmen der Imperialisten hat der tibetische Vertreter auf der Politischen Konsultativkonferenz Chinas, Tien Piao, genau umrissen. Er erklärte:

„Warnend fordern wir von den englischen, amerikanischen und indischen Aggressoren den unverzüglichen Verzicht auf jegliche Pläne einer Invasion in Tibet. Sollten sie sich erkönnen, in Tibet eine Provokation vom Zaune zu brechen, so wird ihnen die verdiente Strafe zuteil werden.“

Am 1. Oktober wandte sich der Taschi Lama im Zusammenhang mit der Ausrufung der Chinesischen Volksrepublik im Namen des tibetischen Volkes an Maotsetung und Tschuteh mit einem Begrüßungsschreiben, in welchem er die Bitte äußert, „alle Verräterelemente zu vernichten und Tibet zu befreien“. Maotsetung und Tschuteh gaben in ihrer Antwort die Versicherung ab, daß „die Zentrale Volksregierung und die Volksbefreiungsarmee den Bestrebungen des tibetischen Volkes unbedingt gerecht werden können“.

Der von den Imperialisten gehegte Plan einer Abtrennung Tibets ist ein Plan, der sich gegen die Chinesische Volksrepublik, gegen die Volksbefreiungsbewegung in Asien, gegen den Frieden und die Sicherheit der Völker richtet. Die Imperialisten spekulieren auf die Rückständigkeit Tibets, auf seine isolierte Lage, wie auch auf die Unterstützung durch den Feudaladel und die reaktionäre Geistlichkeit, und wollen sich dergestalt in Tibet verschanzen. Sie verlieren den Sinn für das Reale und vergessen, daß Tibet gar nicht so isoliert ist. Es ist ein Teil Chinas, und hinter ihm steht das große chinesische Volk.

Wirtschaftsruin und Arbeiterausbeutung in Titojugoslawien

(Eine Auslandspresseschau)

W. MOROSOW

DAS unselige Treiben der Titobande hat die jugoslawische Wirtschaft schwerstem Ruin, völligem Chaos überantwortet. Desorganisation und Zerrüttung in der Industrie, kritische Lage des Verkehrswesens, des Handels und der Landwirtschaft — das sind die Früchte der Marshallisierung Jugoslawiens, die die Belgrader Verräter ihren englisch-amerikanischen Gönnern zuliebe betreiben.

Im Austausch gegen Dollaranleihen unterwirft die faschistische Titoclique die jugoslawische Wirtschaft immer mehr den Interessen der USA-Monopole. In stetig wachsendem Maße werden Lebensmittel, Holz, Kupfer, Chrom, Blei und andere strategisch wichtige Rohstoffe aus dem Lande herausgepumpt. Die bevorstehende Gewährung von Konzessionen an USA-Firmen bedeutet einen weiteren Schritt zur kolonialen Versklavung Jugoslawiens durch das Auslandskapital. Die Kapitulation vor dem Dollar wird von einer verschärften Krise der gesamten Wirtschaft, einer Entwertung

des Dinars und der weiteren Herabsetzung des Lebensstandards der Werktätigen begleitet.

Bestrebt, den Betrug am Volke fortzusetzen, klammern die Titoleute sich immer noch an ihre verlogene Phraseologie. Djilas' Propagandamaschine macht weiterhin großen Lärm um den Fünfjahrplan. Von Zeit zu Zeit werden fingierte Berichte über eine Erfüllung des Plans veröffentlicht, wobei man zu gefälschten Statistiken und gaunerhaften Manipulationen mit den Zahlen greift. Aber den amtlichen Angaben schenkt in Jugoslawien niemand mehr Glauben. Die Tatsachen, die Wirklichkeit überführen die Titoleute auf Schritt und Tritt des Betrugs. Die Wirtschaft des Landes ist von diesen amerikanischen Agenten, die schon seit langer Zeit mit dem Sozialismus gebrochen und im Lande ein faschistisches Gestaporegime aufgerichtet haben, der amerikanischen Kontrolle ausgeliefert worden.

Die Presse der jugoslawischen revolutionären Emigranten veröffentlicht in letzter Zeit

viele Artikel, Zuschriften und andere Materialien, die den abenteuerlichen Charakter von Titos Wirtschaftspolitik enthüllen, welche auf erbarmungsloser Ausbeutung der Werktätigen im Interesse der USA-Monopole fußt. Diese Zeitungsmeldungen entwerfen ein aufschlußreiches Bild von der Wirtschaftszerrüttung und den schweren Entbehrungen, zu denen die Titoleute das jugoslawische Volk verurteilt haben.

Die in Bukarest von revolutionären Emigranten herausgegebene Zeitung „Pod Zastavom Internacionalizma“ (Unter dem Banner des Internationalismus) deckt in Nr. 8 die doppelte Buchführung auf, mit deren Hilfe die Titoleute den Anschein zu erwecken suchen, als würden ihre fingierten Wirtschaftspläne erfüllt. Der Industrieminister Serbiens, Stojanović, erklärte öffentlich, die Unternehmungen seines Ministeriums hätten den Plan des ersten Halbjahrs zu 101 Prozent erfüllt. Das war eine bewußte faustdicke Lüge. Die amtlichen, jedoch nicht für die Presse bestimmten Angaben des gleichen Ministeriums beweisen, daß 199 Unternehmungen, die Stojanović unterstellt sind, den Halbjahrplan bezüglich des Werts der Erzeugnisse nur zu 57 Prozent und bezüglich des Assortiments zu 46 Prozent erfüllt haben. Der Verfasser des Artikels, M. Perović, schreibt:

„So versuchen die Titoleute, das Fiasko ihres abenteuerlichen Fünfjahrplans zu verheimlichen.“

Die Presse der jugoslawischen revolutionären Emigranten bringt zahlreiche Daten, die vom Rückgang des Gütertransports zeugen; das Verkehrswesen leidet akuten Mangel an Brennstoff und rollendem Material. Selbst die Titopresse ist nicht imstande, die katastrophale Lage der Landwirtschaft zu verheimlichen. Die Herbstaussaat ist in diesem Jahr fast allorts vereitelt worden. Wiederum von den Titoleuten den Großbauern und sonstigen Schmarotzern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, hat die werktätige Bauernschaft die Aufforderungen der regierenden faschistischen Bande zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion auf ihre Weise beantwortet. Selbst nach den zweifellos beschönigenden Angaben der verlogenen faschistischen Schmierblätter „Borba“, „Politika“, „Glas“, „Nova Makedonija“ u. a. war der Plan der Herbstaussaat Ende Oktober lediglich zu 20—22 Prozent erfüllt.

Die in Bulgarien von jugoslawischen Kommunisten, revolutionären Emigranten herausgegebene Zeitung „Napred“ (Vorwärts) veröffentlicht in Nr. 7 einen Artikel von Ostoja Rokić, aus dem hervorgeht, was die sogenannte „Planung“ der Titoleute im Bergbau bedeutet.

Der Plan der Bergbauindustrie für 1949 setzte eine Zunahme der Zahl der Bergarbeiter um

50 000, d. h. mehr als eine Verdoppelung ihrer Anzahl voraus (nach Angaben des Bergbauministeriums waren in den Kohlengruben Jugoslawiens im März 1949 ca. 40 000 Arbeiter beschäftigt). Es gelang den Titoleuten jedoch nicht, Personen zu finden, die freiwillig bereit gewesen wären, unter den Verhältnissen einer unbarmherzigen Ausbeutung in den Gruben zu schuften. Infolgedessen mangelt es den Gruben in der Regel zur Ausführung der Produktionsaufgaben an mindestens ebenso vielen Arbeitern, wie dort gegenwärtig beschäftigt sind.

Hinzuzufügen ist, daß die Gruben nicht nur keine zusätzlichen Einrichtungen erhalten, sondern auch keine Möglichkeit haben, abgenutzte Maschinen zu ersetzen. Der Verfasser erhärtet das durch Beispiele. In der Grube Vrška Čuka riß infolge der Abnutzung der Fördervorrichtungen wiederholt der Förderkorb ab. Unter großen Schwierigkeiten wurde ein neuer Förderschacht angelegt, aber wegen Fehlens eines Förderkorbs kann er nicht ausgenutzt werden. Ebenso ist es in den Gruben Bogovina, Dobra Sreća und anderen um die Fördervorrichtungen bestellt. In der Grube Dobra Sreća wird die Kohle im Handbetrieb befördert, da alle mechanischen Fördermittel schon lange außer Betrieb sind.

Der Verfasser schreibt, daß in ganz Jugoslawien nur die Erzgruben Raša und Trbovlje, die ihre Vorkriegseinrichtungen nicht eingebüßt haben, mehr oder weniger mechanisiert sind. In allen übrigen „ist der Hauptmechanismus die Körperkraft der Arbeiter“.

Die in Prag erscheinende Zeitung „Nova Borba“ (Neuer Kampf) veröffentlicht in Nr. 19 einen großen Artikel von Božo Glazar über die Lage in den Betrieben und auf den Baustellen Istriens. Entgegen zu den demagogischen Behauptungen der Titoleute, daß die Volkswirtschaft in Istrien „erfolgreich wiederhergestellt wird“, erleiden die Pläne für die Wiederaufbauarbeiten Schiffbruch. Die Titoleute hatten versprochen, die Wiederaufbauarbeiten 1947 abzuschließen. Das Jahr 1947 verging, ebenso das Jahr 1948, aber die Versprechungen blieben auf dem Papier.

Die in der Presse der revolutionären Emigranten veröffentlichten Zuschriften schildern das Elend und die Rechtlosigkeit der jugoslawischen Arbeiter, die zur Befriedigung der stetig wachsenden Forderungen der englisch-amerikanischen Gebieter Titos und seiner Clique grausam ausgebeutet werden.

Die Zeitung „Nova Borba“ schreibt in Nr. 21 über die Lebens- und Arbeitsverhältnisse in den Erz- und Kohlengruben Jugoslawiens:

„Nie noch arbeiteten die Bergarbeiter unter so schweren Verhältnissen, unter solcher Lebensgefahr wie

jetzt... In den ersten drei Monaten dieses Jahres sind 94 Bergarbeiter tödlich verunglückt; eine weit größere Zahl wurde schwer verletzt oder durch Grubengase vergiftet."

Die Titoleute streben eine Steigerung der Kohlen- und Erzförderung nicht durch Mechanisierung des Produktionsprozesses, sondern durch grausame Ausbeutung der Arbeiter und Ausnutzung der kostenlosen Arbeit sogenannter „freiwilliger Brigaden“ an. Auf den Uljanik-Werften müssen die Arbeiter 12-Stunden-Schichten leisten. Täglich werden im Zwangswege 50—60 Arbeiter aus den Betrieben von Rijeka in den Hafen geschickt, wo laut Pressemeldungen „Tag und Nacht Bauholz und Erz für England und Amerika verladen werden“.

In Nr. 8 der Zeitung „Napred“ ist ein Artikel des ehemaligen Sekretärs des Süd-Moravaer Kreiskomitees der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, Stojadin Veljković-Dimkos, über die Zwangsarbeit und die Rechtlosigkeit der Arbeiter und über den faschistischen Terror in Jugoslawien veröffentlicht.

Im März d. J. nahmen die Titobeamten eine Neuverteilung der Lebensmittelkarten vor. Anlaß dazu war namentlich das Bestreben, den Verbrauch landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Lande selber einzuschränken, um die Ausfuhr in die Länder des Westens zu steigern. So wurden in den Molybdängruben Mačkatica, in denen rund 2000 Arbeiter beschäftigt sind, fast der Hälfte der Familienmitglieder aller Arbeiter die Lebensmittelkarten entzogen. Die Maßnahme, die tausende Menschen in eine ausweglose Lage versetzte, rief den stürmischen Protest der Arbeiter hervor. Eine Massenflucht aus den Erzgruben setzte ein. Jeden Tag verlangten 50—60 Arbeiter ihre Entlassung. Der Direktor der Erzgrube kam so außer Fassung, daß er sich erkühnte, das Bergbauministerium zu bitten, die Frage des Kartenentzugs bei Familienmitgliedern der Arbeiter in anderer Weise zu regeln. Unterdes war die ganze Kreisabteilung der UDB, der jugoslawischen Gestapo, in die Erzgrube übersiedelt. Mehr als 160 Arbeiter wurden verhaftet.

Der Minister für Bergbauindustrie, der alte trotzkistische Provokateur Vukmanović-Tempo, befahl der Grubendirektion, eine Arbeiterversammlung anzuberaumen und die Arbeiter zu „beruhigen“. In der Versammlung erklärten die Arbeiter wie ein Mann, sie würden ohne Brot und Lebensmittel nicht arbeiten. Die Sache nahm für die Titoleute eine so ungünstige Wendung, daß sie gezwungen waren, an rund 20 Prozent der Familien die Lebensmittelkarten wiederauszuhandigen. Der Grubendirektor wurde jedoch nach Belgrad beordert, von wo er nicht mehr zurückkehrte.

Der Verfasser des Artikels hebt hervor, daß die Grubenarbeiter in ebenso langsamem Tempo arbeiten wie zur Zeit der Okkupation.

Veljković-Dimko beschreibt die Lage auf der Baustelle des Wasserkraftwerks Vlasina, auf der ca. 3000 Mann beschäftigt sind. Er weist darauf hin, daß die Pläne Monat für Monat nicht erfüllt werden. Die Lage der Arbeiter ist sehr schwer. Vielen Familien wurden die Lebensmittelkarten entzogen. Lebensmittel müssen auf dem Markt gekauft werden, aber die Marktpreise sind so hoch, daß es unmöglich ist, mit dem Lohn auszukommen. Die Leute hungern.

Veljković-Dimko hebt hervor, daß die meisten Fachleute, die beim Bau des Wasserkraftwerks leitende Posten bekleiden, früher mit den hitlerfaschistischen Okkupanten zusammengearbeitet haben.

Die Zeitung „Pod Zastavom Internacionalizma“ veröffentlicht in Nr. 8 einen Artikel, der an Hand umfangreichen Tatsachenmaterials nachweist, daß

„die unbarmherzige kapitalistische Ausbeutung der Werktätigen durch die Titoclique mit der Ausbeutung in den Kolonien und den unterjochten Ländern verglichen werden kann“.

Die Zeitung schreibt, daß sich die Lebenshaltung der Arbeiter selbst im Vergleich mit dem Stand von 1945/46 verschlechtert hat:

„Die Verschlechterung der Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse führt zur Zuspitzung der Klassengegensätze zwischen dem Proletariat Jugoslawiens und der Ausbeuterclique Titos. Um den Klassenkampf der Arbeiter zu unterdrücken, bedienen sich die Titoleute der brutalsten Mittel.“

Wegen des geringsten Protestes gegen die Ausbeutung und die schweren Lebensverhältnisse werden Arbeiter verhaftet, entlassen, zu Zwangsarbeit verschickt, mit Geldstrafen belegt. In die Arbeitsbücher der Entlassenen wird die Entscheidung der Betriebsleitung eingetragen, die ihnen die Möglichkeit nimmt, an anderer Stelle Arbeit zu finden. Den entlassenen Arbeitern und ihren Familien werden die Lebensmittelkarten entzogen.“

Trotz dieser drakonischen Maßnahmen verstärkt sich der Widerstand der Arbeiter. Die Zeitung bringt folgende Beispiele.

Im Juni d. J. weigerten sich im Betrieb „Ivan Milutinović“ nahezu 800 Arbeiter, zur Arbeit zu erscheinen. Darauf wurden viele von ihnen durch die Titoleute verhaftet. Ein ähnlicher Fall ereignete sich im Mai in Kikinda, im Werk „Toza Marković“, wo die Arbeiter wegen Einführung höherer Leistungsnormen und Entzugs der Lebensmittelkarten bei vielen von ihnen in den Streik traten. Der Streik wurde durch „Udbaschaleute“ (Mitarbeiter der UDB — der jugoslawischen Gestapo) unterdrückt, die Ranković aus

Belgrad und nahe gelegenen Städten entsandt hatte. In der Belgrader Gerberei wie auch im Werk „Radijator“ in Zrenjanin protestierten die Arbeiter ebenfalls gegen die Erhöhung der Leistungsnormen.

Im gleichen Artikel werden Fälle schreiender Willkür der Titoclique angeführt. Im Kreis Pirot wurden 180 Kleinbauern mobilisiert und in eine Belgrader Fabrik geschickt. Nach kurzer Zeit waren diese Leute infolge der schweren Arbeits- und Lebensbedingungen auseinandergefallen, doch die Gestapoleute aus der UDB machten sie ausfindig und verschickten sie zu Zwangsarbeit. Ein gleicher Fall betraf mehrere hundert Holzfäller in Travnik. Hier verurteilten die Titobehörden alle festgenommenen Flüchtigen zu Zwangsarbeit, so daß sie nun unentgeltlich in denselben Revieren arbeiten mußten, aus denen sie geflohen waren.

Die gleiche Zeitung veröffentlichte in Nr. 9 eine Zuschrift über die Lage in den Betrieben der Wojwodina, wo es viele Ziegeleien gibt. Die Arbeitsbedingungen sind hier so schwer, daß die Arbeiter in Massen zu fliehen begannen. Infolgedessen hat in den ersten sechs Monaten dieses Jahres keine einzige Ziegelei in den Kreisen Zabalj, Beče, Ruma und Kikinda wie auch in Subotica, Senta, Bačka-Topola und Pančevo den Plan erfüllt.

Die Arbeiter widersetzen sich der Willkür der Titoclique mit allen Mitteln. Bummelschichten und absichtlich langsame Arbeit sind eine Alltagserscheinung. Im Werk „Pobeda“ in der Stadt Novi Sad beliefen sich die Bummelschichten allein im Juli auf nahezu 5000 Arbeitsstunden. Zur Verfolgung der Arbeiter unterhalten die Titoleute einen gewaltigen polizeilichen Verwaltungsapparat in den Betrieben. In der Ziegelei Budisav kommt auf je drei Arbeiter ein Aufseher. Aber auch das hilft nicht.

Die Zeitung „Nova Borba“ berichtet gleichfalls über die Massenflucht von Arbeitern aus Betrieben, Gruben und von Baustellen, über Bummelschichten, die ein katastrophales Ausmaß annehmen. In Nr. 20 der Zeitung wird beschrieben, wie die Titoleute Arbeitskräfte für die Holzbeschaffung in Slowenien aufbieten, um den Holzlieferungsverpflichtungen gegenüber dem Ausland nachkommen zu können. Da die Mobilisierten regelmäßig auseinanderlaufen, ist eine richtiggehende „Menschenjagd“ im Gange.

Die Werktätigen Jugoslawiens begreifen, daß das Streben der Titoleute nach größtmöglicher Steigerung der Erz- und Holzexporte in direktem Zusammenhang mit den Forderungen der amerikanischen Imperialisten steht: die von der Belgrader Clique eingeführte „freiwillige“ Arbeit wird im Volke „amerikanische Fron“ genannt.

Internationale Umschau

(Notizen)

DIE GESCHICHTE EINER ABWERTUNG

Der österreichische Schilling ist von dem unruhlichen Schicksal der Währungen der anderen marshallisierten Länder Westeuropas ereilt worden. Eine gewisse Verzögerung der Schillingabwertung war mit den Nationalratswahlen in Österreich verbunden. Die Regierungsparteien und ihre amerikanischen Chefs hatten allen Grund zu der Befürchtung, die Herabsetzung des Schillingkurses, die unweigerlich zu einer neuen Preissteigerung führen muß, werde die Wähler unwillig machen und sich auf die Wahlergebnisse auswirken. Als diese Erwägungen weghingen, machten sich die österreichischen regierenden Kreise unverzüglich an die Ausführung der amerikanischen Direktive.

Auf Beschluß des österreichischen Ministerrats sollte die Schillingabwertung bereits am 13. November stattfinden. Zu diesem Tag hatte man, wie die Wiener Zeitung „Der Abend“ berichtet, alle notwendigen Maßnahmen getroffen und eine Pressekonferenz im Bundeskanzleramt einberufen. Im letzten Moment stellte sich jedoch heraus, daß die amerikanischen Businessmen durch den Dienstleister der österreichischen Regierung nicht zufriedengestellt waren. Die Mission für die Durchführung des Marshallplans in Österreich erhob ihr Veto gegen den gefaßten Beschluß

und bestand auf einer noch weitergehenden Kurssenkung der österreichischen Währung.

Es kam zu einem Skandal. Selbst die befissensten Lakaien der Amerikaner in Österreich gerieten in Verwirrung. Die demokratische Öffentlichkeit protestierte gegen eine derart grobe Einmischung der amerikanischen Monopole in die inneren Angelegenheiten des Landes.

Die österreichischen Klienten der überseeischen Patrone dachten aber nicht einmal an Widerstand. Sowohl die Abwertung als auch die Pressekonferenz wurden eiligst abgesagt. Die Abwertung wurde noch mehrere Male verschoben. Als sie endlich stattfand, erfuhr man, daß die österreichische Regierung das USA-Ultimatum angenommen hatte, nach dem der Schillingkurs im Vergleich zum Dollar um mehr als die Hälfte zu senken war.

F 9/0

Das Bestehen des Blocks der fortschrittlichen Parteien der Deutschen Demokratischen Republik beunruhigt die Feinde der Republik außerordentlich, denn es betont die demokratische Einheit des deutschen Volkes.

Der USA-Staatssekretär Dean Acheson entschloß sich bei seinem Berliner Besuch, Maßnahmen zur Unterwühlung dieses Blocks zu ergreifen. Nach Meldungen der deutschen

demokratischen Presse gab er dem Leiter der Westberliner Sozialdemokraten, Reuter, diesbezügliche Weisungen und versprach ihm, daß der amerikanische Spionagedienst, der CIC, ihm dabei mit Rat und Leuten helfen werde. In Übereinstimmung mit den erhaltenen Weisungen beriefen die Schumacherleute am 15. November eine Sitzung ihrer Spionage- und Unterminierungszentrale, des sogenannten „Ostbüros“, ein. Sie fand in den Räumen des Berliner Vorstands der Schumacherpartei statt. Außer Willy Brandt, dem Leiter des „Ostbüros“, und seinem Spießgesellen Ohnig nahmen auch der zweite Vorsitzende der Berliner SPD-Organisation, Kurt Mattick, und ein gewisser USA-Oberst an der Sitzung teil.

Unter Leitung dieses Obersten arbeiteten die Schumacherleute einen Plan aus, der das geheimnisvolle Kennwort F 9/0 trägt. Es ist dies ein Plan zur Zersetzung der CDU und der LDP zwecks Zerstörung des demokratischen Blocks, dem beide Parteien angehören. Die Schumacherleute reiben sich schon jetzt vergnügt die Hände, sie träumen von „zuverlässigen Kadern“ in diesen Parteien. Diese „zuverlässigen Kader“ sollen sich in Ausführung eines im Plan F 9/0 mit philerhafter Genauigkeit dargelegten Aktionsprogramms zur „Machtübernahme“ am Tage des Abzugs der sowjetischen Besatzungstruppen bereit halten.

Dean Acheson kann sich freuen. Die Schumacherleute haben gezeigt, was sie können, und seinen Einfall vorzüglichst zu Papier gebracht. Sie haben lediglich einen wichtigen Umstand außer acht gelassen: nicht einmal mit Hilfe des Plans F 9/0 wird das Häuflein amerikanischer Agenten aus dem „Ostbüro“ imstande sein, die Einheit der patriotischen Kräfte des deutschen Volkes zu unterminieren und die Zusammenarbeit der Parteien im Rahmen des fortschrittlichen Blocks der Deutschen Demokratischen Republik zu sprengen.

ALLES FÜR DIE FASCHISTEN

Vor kurzem spielte sich in Trizonien ein interessanter, für die in diesem Ersatzstaat herrschenden Zustände kennzeichnender Vorfall ab. Am 18. November sollte in Rengsdorf, in der Nähe von Koblenz, ein Kongreß des sogenannten „Nauheimer Kreises“ stattfinden. Dieser Kreis ist eine Vereinigung der fortschrittlichen Intelligenz Westdeutschlands, die der Theorie des Würzburger Professors Noack über eine „Neutralisierung“ Deutschlands beipflichtet; Die Teilnehmer des Nauheimer Kreises verfechten aber nicht nur diese höchst gemäßigte Theorie, sondern verurteilen auch die Politik der Spaltung Deutschlands; sie fordern die Einheit des Landes und die Aufrechterhaltung von Beziehungen zwischen Deutschland, der Sowjetunion und den Ländern Osteuropas.

Dies war für die amerikanischen Gebiete Trizoniens und ihre Bonner Hausknechte genügender Anlaß, aufs schärfste gegen Noack Stellung zu nehmen. Offensichtlich aus Furcht vor dem Einfluß des Nauheimer Kreises setzte der Trizonienkanzler Adenauer durch, daß der Kongreß verboten wurde, obwohl dies im Widerspruch selbst zum Bonner Grundgesetz steht. Die Proteste gegen diese Willkür waren so energisch, daß der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Altmeier, die Aufhebung des Verbots versprach. Als die Teilnehmer des Kongresses jedoch am 18. November im Sitzungssaal zusammentraten, da erschien ein Kriminalkommissar und löste die Versammlung als nicht bewilligt auf.

Dagegen betrachten die Behörden der Trizone Versammlungen und Kongresse faschistischer Prägung recht wohlwollend. So fanden am 16. Oktober mit Erlaubnis der englischen Behörden in Wesel und Iserlohn zwei Kongresse ehemaliger Nazioffiziere und -generale statt. In Bremer-

haven erhob der Vorsitzende der sogenannten „Vaterländischen Union“, ein gewisser Feitenhansl, die Forderung nach Neuaufstellung einer deutschen Wehrmacht und sofortigem Verbot aller Linksparteien in Deutschland.

In Ulm (USA-Zone) fand eine Demonstration von 7000 „DP's“, ehemaligen SS-Leuten, statt, die zu einem neuen Krieg aufriefen. Weder die Bonner Ämter noch die Besatzungsbehörden legen derlei Äußerungen und Versammlungen irgendwelche Hindernisse in den Weg.

FÜR EIN LINSENGERICHT

Die außenpolitischen Debatten, die Ende November in der französischen Nationalversammlung stattfanden, zeigten, wie groß die Unzufriedenheit des französischen Volkes mit der Deutschlandpolitik der Regierung ist.

Das Ruhrgebiet wird in eine Waffenschmiede des aggressiven englisch-amerikanischen Blocks umgewandelt. Die Demontage der Rüstungsbetriebe ist eingestellt worden. Washington arbeitet Pläne für die Aufstellung einer neuen deutschen Armee in Westdeutschland aus, wo die Militaristen und die Revanchisten schon wieder ihr Haupt erheben. Die Macht der deutschen Monopolherren, die den Stützpunkt von Hitlers Räuberpolitik bildeten, wird wiederaufgerichtet. Die Bonner „Regierung“ hat ihre Tätigkeit mit der Schaffung einer neuen Gestapo aufgenommen.

Angesichts dieser Tatsachen fällt es den Franzosen schwer, zu glauben, daß die deutsche Frage in Übereinstimmung mit den Interessen der Sicherheit Frankreichs gelöst werde.

Robert Schuman und die Abgeordneten der Regierungsparteien versuchten in ihren Nationalversammlungsreden, die öffentliche Meinung mit Hinweisen darauf zu beschwichtigen, daß Adenauer versprochen habe, der sogenannten Internationalen Ruhrbehörde beizutreten und Westdeutschland nicht zu bewaffnen. Von diesem Versprechen ist in dem am 24. November veröffentlichten Protokoll eines Abkommens zwischen den Westmächten und der Bonner „Regierung“ die Rede. Mit einem Wort, Adenauer bietet Garantien, und die Franzosen haben sich in Sicherheit zu fühlen!

Gerade im Zusammenhang mit dem Beginn der Debatte in der Nationalversammlung gaben die amerikanischen Gebiete der Bonner Marionetten Erklärungen ab, die keinen Zweifel an ihrer Absicht aufkommen lassen, Westdeutschland zu bewaffnen. Der USA-Senator Thomas, der sich in Paris aufhält, erklärte an dem Tag, an dem die Debatte begann, die USA müßten „einige deutsche Divisionen bewaffnen“. General Bradley spricht in einem kürzlich in der Zeitung „Monde“ veröffentlichten Interview gleichfalls ziemlich unverhohlen den Wunsch der Amerikaner aus, Westdeutschland zu bewaffnen. Die Zeitschrift „Newsweek“ schreibt schon ganz offen, einflußreiche Offiziere der USA-Armee seien der Ansicht, die USA „müßten Deutschland als die wichtigste Rekrutierungsquelle auf dem Kontinent betrachten“.

Was das Ruhrgebiet betrifft, so strebt das Staatsdepartement die Errichtung einer unumschränkten Kontrolle über diesen Teil Deutschlands an, wobei es sich auf ein Schacherabkommen zwischen amerikanischen und deutschen Monopolherren stützt. Nicht genug damit, wollen die amerikanischen Kapitalisten auch Lothringen unter Kontrolle stellen. Nach einer Meldung des Korrespondenten des Londoner Rundfunks, Peter Petersen, hat Adenauer in einem Sondermemorandum vorgeschlagen, die Zuständigkeit der sogenannten Internationalen Ruhrbehörde auch auf die Industrie der Nachbarländer, d. h. Frankreichs, des Saargebiets und der Beneluxstaaten, auszudehnen. Das wurde von der französischen Presse berichtet.

Jetzt werden bereits ganz offen Pläne zur Schaffung eines Konzerns debattiert, der das Ruhrgebiet und Lothringen umfassen soll. Inhaber dieses Konzerns sollen amerikanische, englische und deutsche Monopole sein. Man verspricht aber auch den französischen Monopolherren einen gewissen Anteil an den Aktien und den Profiten.

Das französische Wirtschaftsbulletin „Les Services économiques et financiers“ schrieb bereits am 24. September in einem Artikel über die geplante Gründung eines europäischen Stahlkartells:

„Die ursprünglich durch das Projekt für die Gründung des Kartells beunruhigten Kreise der französischen Hüttenindustriellen haben sich etwas beruhigt, da ihnen eine Minderheitsbeteiligung an den neuen deutsch-amerikanischen Gruppen gewährt wurde. M. Robert Schuman soll sich zur Gründung einer Lothringen und das Ruhrgebiet umfassenden Gruppe in solcher Form recht positiv stellen.“

Die französische Großbourgeoisie ist wie immer bereit, die Interessen und die Sicherheit Frankreichs für Aktien und Profite zu opfern.

WIE DER HERR, SO'S GESCHERR...

Dem kürzlich veröffentlichten Bericht des amerikanischen Hauptstaatsanwalts bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen, General Taylors, an den Kriegsminister der USA, Gray, sind 24 Dokumente beigelegt, die bisher als geheim galten. Sie sind ein neuer unwiderlegbarer Beweis dafür, daß die Politik Londons und Washingtons **unmittelbar seit Kriegsende** darauf abzielte, den hitlerfaschistischen Kriegsverbrechern aus der Patsche zu helfen.

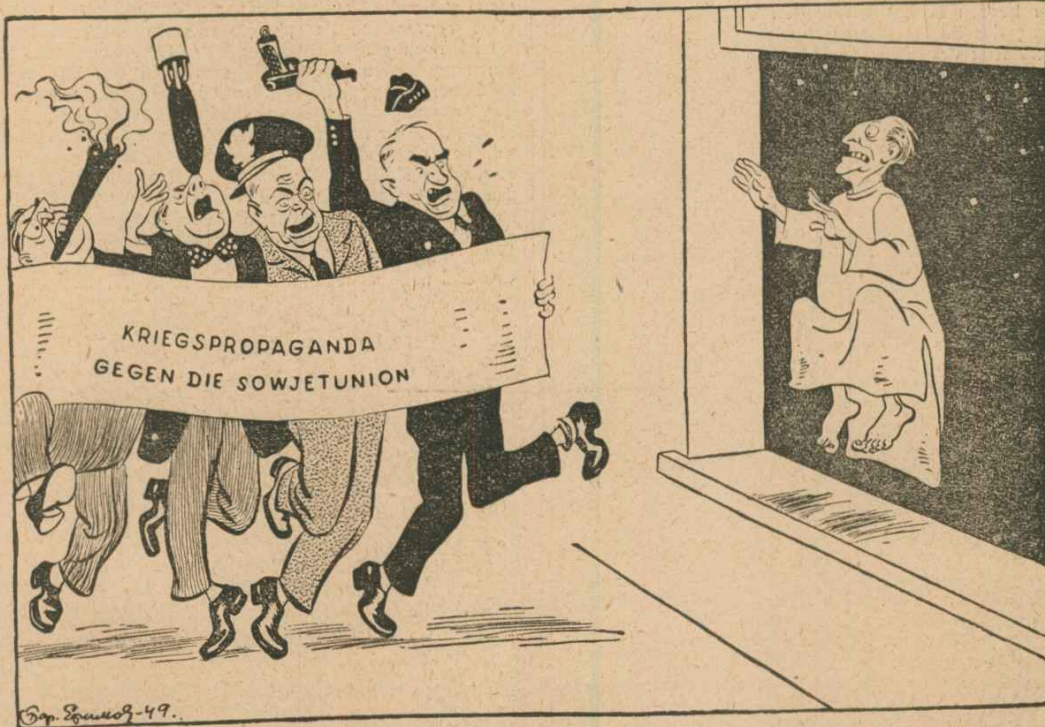
Als während des Prozesses gegen Göring und seiner Kumpane 1946 die Frage einer gerichtlichen Verfolgung der Ruhrmagnaten aufgeworfen wurde, die Hitler aufgepöbelt und die deutsche aggressive Kriegsmaschine geschaffen haben, da erhielt Taylor, der sich zu jener Zeit in Nürnberg befand, ein Geheimschreiben aus dem Staatsdepartement. Es hieß darin: „Die Vereinigten Staaten können es sich nicht erlauben, sich den Anschein zu geben, als wollten sie einen neuen Prozeß verhüten“, wenn aber, so hieß es weiter, der Plan für einen solchen Prozeß aus irgendeinem Grund scheitern sollte, so werde das „gut und vorzüglich“ sein.

AUS DEM REPERTOIRE DER IRREN

(Bradley, Johnson und anderer)

Der Nachfolger des verrückt gewordenen Forrestal im Amt des USA-Verteidigungsministers, Lewis Johnson, die Generale Bradley, Arnold u. a. setzen ihr Kriegsgeheul gegen die Sowjetunion fort.

(Zeitungsmeldung)



Das Ensemble des USA-Kriegsministeriums unter der astralen Leitung Mr. Forrestals

Zeichnung von BORIS JEFIMOW

Die amerikanischen Richter im Nürnberger Militärtribunal hielten sich an diese Weisungen, wenngleich sie damals auch genötigt waren, ihre wirklichen Absichten zu verhehlen. In dem nunmehr von Taylor veröffentlichten Geheimschreiben Jacksons, des amerikanischen Hauptanklägers auf dem Nürnberger Prozeß und jetzigen Mitglieds des Obersten Gerichtshofs der USA, an Truman hieß es im Zusammenhang mit dem damals geplanten Prozeß gegen die an Kriegsverbrechen beteiligten deutschen Industriellen:

„Ich hege auch gewisse Befürchtungen, daß die andauernden öffentlichen Angriffe auf die Privatindustrie die Zusammenarbeit der Industriellen mit unserer Regierung zwecks Gewährleistung ihrer künftigen Verteidigung beeinträchtigen könnten.“

Mit anderen Worten: sie könnten gar die Vorbereitung eines neuen Kriegs beeinträchtigen, den die Imperialisten der USA schon zu jener Zeit planten. Das sind die Erwägungen, von denen sich die Vertreter der amerikanischen Behörden leiten ließen, als sie den Prozeß gegen die deutschen Monopolherren vereitelten, was sie schamlos hinter heuchlerischem Gerede von „Menschlichkeit“ und „Barmherzigkeit“ zu verbergen suchten.

AUF DER SUCHE NACH WAFFEN, GELD UND NEUEN GÖNNERN

Vor zwei Wochen traf der Schah des Iran, Mohammed Resa Pehlewi, in einer Mission des „guten Willens“ zu einem Besuch in den Vereinigten Staaten ein. Zur Klarstellung des Sinns dieser Formel schrieb Bigart, der Berichterstatter der „New York Herald Tribune“, heutzutage habe dies zu bedeuten, daß der Schah „um zwei Dinge ansucht — um Geld und um Waffen“.

Dem Schah des Iran muß es nicht „lzu gut gehen, wenn er sich auf der Suche nach Waffen und Geld zu einem Flug über den Ozean entschlossen hat! Nach dem Zeugnis der Teheraner Zeitungen herrscht in vielen Gebieten des von ihm beherrschten Landes Hungersnot, wüten Seuchen, sind die Volksmassen zu Elend und Finsternis verurteilt. Der Iran steht am Rande des politischen und wirtschaftlichen Bankrotts.

Aus diesem Grund appellierte der Schah, kaum daß er amerikanischen Boden betreten hatte, vor allem an Truman und die überseeischen Businessmen, sie möchten ihre Geldtruhen auftun, um dem Iran „Hilfe“ zu erweisen. Er unterließ es hierbei nicht, zu bemerken, ihre Kapitalanlagen im Iran würden für sie „außerordentlich wertvoll“ sein, da die Naturschätze dieses Landes, um mit seinen Worten zu sprechen, „praktisch unberührt“ sind.

Aber Naturschätze sind nicht die einzige Ware, die der hochfeudale Globetrotter feilhält. In einer Rede anlässlich eines Essens, das der „Rat für Auslandsbeziehungen“ zu Ehren des Schahs gab, schlug dieser vor, den Iran in das System der „strategischen Planung für den gesamten Mittleren Osten“ einzubeziehen. Was man unter „strategischer Planung“ zu verstehen hat, das hatte der Schah schon am Vorabend erläutert, als er auf einer Pressekonferenz zu verstehen gab, er sei im Grunde genommen nicht gegen einen „Verteidigungspakt für den Mittleren Osten nach dem Muster des Nordatlantischen Vertrags“, glaube aber, daß einem solchen Pakt eine „Festigung“ der Wirtschaft des Irans vorangehen müsse. Mit anderen Worten, der Schah macht den Kriegsbrandstiftern das Angebot, sie sollten wirtschaftliche „Hilfe“ erweisen und dafür den Iran als Aufmarschgebiet für Kriegsabenteuer, die Bevölkerung aber als Kanonenfutter ausnutzen.

In langen Konferenzen des Schahs mit hochgestellten Chargen des amerikanischen Militärklüngels werden Pläne für die Reorganisation und die Bewaffnung der iranischen Armee erörtert. Laut Pressemeldungen sind die USA bereit, unter Zurückdrängung der englischen Konzessionäre die „wirtschaftliche und militärische Verantwortung“ für den Iran zu übernehmen. All dies sind Bestandteile einer Vorbereitung zur Zusammenschüsterung eines aggressiven Antisowjetblocks im Mittleren Osten.

Und noch eine Schlußfolgerung. Dem Schah und der ihn umgebenden Clique, die sich nach den Worten der iranischen Zeitungen aus „Profitlüstern und Ehrgeizlingen“ zusammensetzt, deren einzige Tugend der Hang zu „Diebstahl, Korruption und Raub sowie Machtgier“ ist, scheinen nicht nur die eigenen Kräfte, sondern auch die englischen Kräfte unzureichend zu sein, um die hungernden Untertanen im Zaum halten zu können. Von Zweifeln an der Macht des Britischen Reiches heimgesucht, stürzen sich die regierenden Kreise des Irans in die Arme der amerikanischen Imperialisten. Sie suchen neue Gönnern für sich und neue ausländische Unterdrücker für ihr Volk.

Begegnung mit dem neuen China

(Reiseeindrücke)

W. LOKTJEV

UNSERE ersten Eindrücke rühren von dem nächtlichen Empfang in Harbin her: Tausende bunter Laternen; Fahnen; große Schriftzeichen auf Plakaten; Blumen; erlöste Händedrucke. Danach: die Straßen Mukdens und die endlosen Kolonnen der Demonstranten; Peking, die Hauptstadt des China des Volkes; Kundgebungen in Nanking, Tientsin, Schanghai. Jede Stadt fügte dem ungewöhnlichen, ergreifenden Bild, das China heute darbietet, etwas Neues, Eigenes hinzu...

Ich, ein einfacher Sowjetkünstler, kam zum allererstenmal nach China. Unsere Gastgeber wollten uns ihr Land und seine herrliche, jahrhundertealte Kultur zeigen. Wir sahen die wunderbaren, in ihrem zauberhaften Reiz ganz einzigartigen Denkmäler der chinesischen Kultur, die Millionen einfacher Menschen mit ihrer Hände Arbeit geschaffen haben.

Da ist z. B. der Erdentempel in Peking, ein außerordentlich schöner Bau, genauer gesagt, ein ganzes System von Bauten, das nicht nur ein Wunder an Schönheit, sondern auch ein akustisches Wunder darstellt. Man betritt eine runde Fläche unter freiem Himmel und hört plötzlich seine eigenen Schritte widerhallen, als befände man sich in einem geschlossenen Raum.

Wir wurden zu einem der Steine geführt, mit denen der Hof des Erdentempels ausgelegt ist, und wurden aufgefordert:

„Stellen Sie sich darauf und rufen Sie irgend ein Wort.“

Wir taten es und hörten, wie das Echo dieses Wort einmal wiederholte.

„Jetzt stellen Sie sich auf den nächsten Stein und rufen Sie noch einmal.“

Nun wiederholte das Echo den Laut bereits zweimal. Steht man auf dem dritten Stein, so wird der Laut dreimal wiederholt.

In China gibt es Tausende herrlicher Denkmäler des Altertums. Besichtigt man sie, so empfindet man höchste Achtung vor dem Talent des großen, leidgeprüften Volkes, das derartige Wunderwerke vollbrachte, aber Jahrtausende nicht in ihren Genuß kam. Hieran werden die Besucher in dem Museum erinnert, das in dem berühmten Kaiserpalast von Peking eingerichtet worden ist.

Der kolossale Palast ist ein Denkmal alter Zeiten. Der Bau wurde im Jahre 1405 begonnen.

Fünf Jahrhunderte war der Palast die Residenz der Kaiser von China. Das hier eingerichtete Museum fristete ein kümmerliches Dasein und war nichts weiter als ein Speicher verschiedener Wertgegenstände. Jetzt hat die Volksmacht den Palast zur Kulturstätte gemacht, deren Tore dem Volk offenstehen.

Als wir durch die zahlreichen glitzernden Prunksäle gingen, kamen wir auch in ein Gemach, in dem neben den pompösen Gewändern der Kaiser ungewöhnliche Ausstellungsgegenstände zu sehen waren: zerrissene Decken, armselige Bastmatten, schlichter Hausrat.

„Hiermit wollen wir zeigen, wie sich das Leben der regierenden Klassen von dem des einfachen Volkes unterschied“, erklärte man uns...

Unweit davon sind Dokumente des langjährigen revolutionären Kampfes des chinesischen Volkes gegen seine Unterdrücker ausgestellt. Die Taipingbewegung von 1850—1864, der Bauernaufstand der Nienfei (Fackelträger) Ende des 19. Jahrhunderts, der Boxeraufstand von 1900, die demokratische Bewegung in China Anfang des 20. Jahrhunderts.

So haben uns die Sehenswürdigkeiten alter Zeiten bis zu den heutigen Tagen, den Tagen des Volkschina, geführt. An den Mauern eben dieses Kaiserpalastes sahen wir eine in ihrer Stärke erhabende Demonstration und Parade anlässlich der Ausrufung der Chinesischen Volksrepublik. Vorüber an den uralten Palastmauern, an den Marmorsäulen mit den bizarren Drachen marschierten die Krieger der Volksbefreiungsarmee. Die Parade wurde von Matrosen eröffnet. Dann kamen die Kolonnen der Panzer, der Reiterei, der Artillerie. Und dann begann ein Volksfest: Feuerwerk, Tanz, endlose Züge durch die Straßen der Hauptstadt. Darüber wehte an gigantischem, viele Meter hohem Mast das rote Banner der Volksrepublik, das der Führer des chinesischen Volkes, Maotsetung, entrollt hat...

* * *

Von meinen zahlreichen Reisen durch das Land ist mir der Besuch im Dörfchen Pahu bei Peking besonders in Erinnerung geblieben.

Außerlich wirkt das Dorf mehr als bescheiden. Ungeregt verstreute Lehmfansen. Die Häuser armer Leute haben statt der Fenster und Türen

nur schwarz gähnende Löcher. Gehört das Haus aber einem reicheren Mann, dann ist es von einer Mauer umgeben, und die Fenster gehen nach dem Hof hinaus.

Hinter den Häusermauern jedoch pulsiert jetzt ein neues Leben. Von diesem Leben erzählten uns die Bauern, die sich auf dem Dorfplatz von Patschu zusammengefunden hatten.

„Ich bin 51 Jahre alt“, sagte der Bauer Tschangtiemang. „Acht Mu Land habe ich jetzt erhalten. Ich werde wohl 60 Jahre alt werden, und die letzten zehn Jahre werde ich endlich einmal ordentlich leben.“

Sein Nachbar, ebenso alt wie er, fügte hinzu:

„Ich arbeite seit meinem zwölften Lebensjahr. Aber noch nie im Leben habe ich mich satt gegessen...“

Schwer, sehr schwer ist noch jetzt das Leben des chinesischen Bauern. Aber schon erstrahlt die Morgenröte des neuen Lebens über dem Dorf. Schon ist die Bodenreform durchgeführt und der Boden den Bauern übergeben worden.

Die Dorfbewohner stellten uns sehr viele Fragen, aus denen zu entnehmen war, wie groß ihr Interesse für unser Land, das erste Land der Welt ist, das dem Landmann Wohlstand gewährleisten konnte. Wir führten den Bauern sowjetische Tänze vor. Chinesische Jungen und Mädchen tanzten ihre eigenartigen, rhythmischen Volksreigen. Rührend war der Dank, den die Bauern uns, ihren Gästen aussprachen, die wir tausende Kilometer weit gereist waren, um ihnen Grußesworte vom Sowjetvolk zu überbringen.

* * *

Besondere Aufmerksamkeit schenkten wir der Kunst des neuzeitlichen China und suchten durch sie das Heute der jungen Volksrepublik zu erkennen. An einem der ersten Tage, die wir in Peking zubrachten, besuchten wir das chinesische Opernhaus. Das traditionelle chinesische Theater hat eine Reihe von Eigenheiten, die für den europäischen Zuschauer gänzlich ungewohnt sind. Dieses Theater gleicht einer Hieroglyphe, es beruht auf Symbolik und Bedingtheiten. Zunächst einmal ist der Schauspieler derart geschminkt, daß sein Gesicht wie eine Maske wirkt, die den Charakter der dargestellten Rolle ausdrückt. Betritt der Schauspieler die Bühne, so weiß das Publikum sofort, ob er gut oder böse, klug oder dumm, gesund oder krank ist. Nicht nur das Gesicht, sondern auch die Bewegungen des Schauspielers sind symbolisch. Legt er seine Hand ans Herz, so bedeutet das Liebe, führt er sie vom Herzen fort, so bedeutet das Abneigung. Läßt der Schauspieler den Armel in seiner ganzen Länge herunterfallen, so bedeutet das Sympathie; faßt

er seinen Gürtel und zieht ihn hoch, so heißt das, er sei guter Stimmung...

Und wenn man neben dem luxuriös gekleideten Helden und der Heldin des Stücks einen Bühnenarbeiter stehen sieht, der ein blaues Fähnchen mit einem Fisch darauf in der Hand hält, so bedeutet es, daß sich die Handlung auf einer Dschunke abspielt, die auf See oder auf einem Fluß schwimmt. Stößt der Held die Heldin an und diese schreit auf, ergreift das Fähnchen und läuft hinter die Kulissen, so wissen die Zuschauer, daß er sie ertränkt hat...

Ein anderer Zug des traditionellen chinesischen Theaters ist das innige Zusammenwirken von Gesang und Tanz, die Harmonie der Bewegung, die sich in fast unbegreiflicher Stetigkeit ohne Unterbrechung fortsetzt. Bei den Chinesen ist das Gefühl für Rhythmus überhaupt sehr stark entwickelt. Das gilt nicht nur für Berufsschauspieler. In der Schmiede klopft der Schmied mit seinem Hammer einen komplizierten Rhythmus auf den Amboß. Ein Knabe mit zwei Holzstäbchen schlägt einen präzisen Takt. Rhythmik, strenge Organisiertheit der Bewegung sind den chinesischen Volkstänzen eigen.

Gerade im Tanz verspürten wir die Anzeichen des heutigen Tages. Vielleicht deshalb, weil der Tanz von den jahrhundertealten Traditionen und Überlieferungen, die auf dem Theater lasten, am wenigsten beschwert ist. Der Tanz ist ein glänzendes Ausdrucksmittel, in dem die Seele, das Temperament des Volkes am besten hervortritt. An Festtagen wurden die Demonstrationen in Peking und Schanghai wiederholt zu freudesprühenden, rhythmischen, hinreißenden Massentänzen.

In Peking sahen wir eine Tanztruppe der Kunstfakultät der dortigen Universität. Die Spieler, Hsühüscha und Toingaileng, brachten anlässlich des großen Festes eine ganze Serie von Tänzen zur Aufführung. Diese von Volksweisen begleiteten und durch Gesänge verbundenen Tänze machen großen Eindruck. So z. B. besteht der Tanz „Es wehen rote Fahnen“ aus raschen Bewegungen der Tänzer mit riesigen Tuchstreifen. Ein anderer Tanz, „Das Volk feiert“, bildete eine Kombination von Tanzmotiven der nationalen Minderheiten Chinas.

Die Studenten führten auch eine interessante kleine Szene auf, genannt: „Alles für die Front und für den Sieg!“ Auf der Bühne erschienen vier Frauen in einfacher Arbeitskleidung. Der Mann der einen arbeitet in einem Kriegsarsenal; der Mann der zweiten auf der Eisenbahn; der dritte ist ein Bauer. Der Mann der vierten, jüngsten Schwester, ging als Freiwilliger an die Front. Die Schwestern streiten, wer von ihnen

mehr Nutzen bringt. Aber die Mutter versöhnt sie: sie gibt dem Sohn das Geleite, der an die Front fährt, und der alte Vater fährt mit ihm, um Sanitäter zu werden.

Die traditionelle Symbolik der chinesischen Kunst erhält neuen, kämpferischen Inhalt. Im Schanghaier Stadion sahen wir z. B. den berühmten traditionellen Drachentanz. Er wurde von einer Gruppe von Schanghaier Rikschakulis aufgeführt, die an langen Stangen einen 60 Meter hohen Drachen trugen. Mit Hilfe der Stangen bewegten die Tänzer den Drachen, so daß es aussah, als ob er lebe. Nach der chinesischen Symbolik versinnbildlicht der Drache China. Die Veranstalter der Vorführung werteten diese traditionelle Bedeutung auf eigene Weise in politischem Sinne aus. Vor dem China verkörpernden Drachen erscheint eine Figur mit schlauem, bösem Gesicht und einem Fächer in der Hand. Sie dreht und wendet sich und lockt den Drachen an. Die Zuschauer begreifen sofort, daß diese Figur einen Kriegsbrandstifter darstellt, der China in sein Lager locken will. Durch das Stadion braust ein Beifallssturm, als der Drache den Verführer verschlingt.

Im neuen China wird die Kunst zum Gemeingut der breitesten Massen. Schauspieler und Künstlertruppen werden in Städten und Dörfern, an Universitäten sowie bei Truppenteilen der Volksbefreiungsarmee geschaffen. Zum Spielplan dieser Truppen gehören Lieder und Gedichte des neuen China. So hörten wir in Peking „Lieder des Huei-Haier-Feldzugs“, deren Verfasser die Schauspielertruppe der 3. Feldarmee ist. Wir sahen Hunderte von Liebhabertruppen in allen Städten, die wir besuchten. Man erzählte uns, daß im Juli d. J. in Peking eine Schau neuer talentvoller Musiker, Tänzer und Sänger stattfand, zu der 40 Schauspieler- und Tänzertruppen Teilnehmer entsandt hatten.

Durch diese Liebhabertruppen gelangt die realistische Kunst auf die Bühne des chinesischen Theaters und verstärkt ihren Einfluß. Sie ist zu einer Waffe der Propaganda für die Ideen der Kommunistischen Partei geworden. Statt der mythologischen Helden, Drachen und Kaiser werden die Helden des heutigen Tages dargestellt: Kämpfer der Volksbefreiungsarmee, Arbeiter und Bauern. Wir sahen z. B. einen Tanz, der „Wir machen Schluß mit den Reaktionären“ hieß. Die Tänzer sangen Kampflieder, in denen sie die Feinde des Volkes geißelten.

In China wird eine kämpferische politische Filmkunst geschaffen. Wir sahen den von chinesischen Filmleuten gedrehten Film „Die Überschreitung des Jangtse“. Es erforderte wirklichen Heldenmut, den Film zu drehen. Das geschah,



Parade in Peking anlässlich der Ausrufung der Chinesischen Volksrepublik

während die Kämpfe in volstem Gange waren, unter dem Beschuß der Kuomintangartillerie.

* * *

Im Schauspielhaus von Peking sahen wir ein interessantes Stück über das chinesische Dorf. Der Inhalt ist kurz folgender. In einem Dorf soll der Dorfälteste gewählt werden. Der dortige Gutsbesitzer sucht, den Posten für sich zu ergattern. Um den Kandidaten der Dorfarmen bloßzustellen, greift er zu einer Provokation: er schiebt ihm gestohlene Sachen unter. Ein vom Gutsbesitzer bestochener Bauer „entlarvt“ den Kandidaten der Dorfarmen. Er schlägt die Wahl des Gutsbesitzers vor.

Das Publikum folgte der Handlung mit gespannter Aufmerksamkeit. Die Rede des Gutsherrenmiettlings wurde mit allgemeiner Entrüstung aufgenommen. Aber plötzlich setzte ein Beifallsturm ein: auf der Bühne erschien ein Mann in blauer Uniform.

Wir fragten unsere Begleiter:

„Sagen Sie, gilt der Beifall einem prominenten Schauspieler?“

„Nein“, antwortete man uns. „Man klatscht Beifall, weil ein Kommunist gekommen ist!“

Tatsächlich sind die Mitglieder der kämpferischen Kommunistischen Partei Chinas im Volke sehr beliebt und angesehen. Mit dem Wort „Kommunist“ verbindet das Volk den Begriff opfermutigen, selbstverleugnenden Kampfes für das Glück des Volkes, hohe Reife und Unbeugsamkeit im Kampf...

Mir fällt eine Begebenheit ein, die ich in Nanking erlebte. Man zeigte uns dort Tschiangkaischeks ehemalige Residenz. Der uns begleitende Genosse, der ebenfalls die blaue Uniform eines Mitglieds der Kommunistischen Partei trug, führte uns in einen großen, länglichen Sitzungssaal.

Wir sahen uns um. Unser Begleiter bestieg die Tribüne und sagte lächelnd:

„Hier, an dieser Stelle, hat Tschiangkaischek einmal erklärt: ‚In zwei Monaten machen wir die Kommunisten fertig.‘ Was soll man jetzt dazu sagen? Auch ohne Worte ist alles klar...“

Schwere Prüfungen mußte die in der Vorhut des chinesischen Volkes marschierende Partei bestehen, um den Sieg zu erringen. Da waren die Feldzüge Tschiangkaischeks, dann der Überfall der japanischen Landräuber, dann neue Attacken der Kuomintangleute, die mit amerikanischen Waffen beliefert wurden. Aber die Sache des Volkes hat gesiegt.

An dem Tage, als die festliche Demonstration vor dem Palast in Peking stattfand, als Geschützsalven zu Ehren der Republik ertönten, lief plötzlich ein kleines schwarzes Hündchen über den leeren Platz. Ein Gelächter brach los, und die Tausende, die rings um den Platz aufmarschiert waren, riefen wie aus einem Munde: „Tschiangkaischek, da läuft Tschiangkaischek!“

Das chinesische Volk verachtet die Kuomintangclique. Aber es schätzt die Verdienste der Kommunistischen Partei, die das Land auf den Weg der nationalen Rettung geführt hat.

* * *

Es fällt schwer, in wenigen Zeilen alle Eindrücke von China niederzulegen. Wir verließen das Land, begeistert über seine Siege, sein Volk. Wir sahen viele aufrichtige Bekundungen der Sympathie dieses Volkes für das Sowjetland.

Unvergeßlich sind mir die vielen frohen Gesichter der Teilnehmer von Kundgebungen, wo Hochrufe auf die Sowjetunion, auf die Freundschaft der beiden großen Völker, auf den großen Stalin ausgebracht wurden.

Großbudapest

(Notizen eines Korrespondenten)

W. JORDANSKI

DER SCHLEIER schweren, dichten Nebels hat Budapest eingehüllt. November ist der Monat der unbehaglichen Herbstfeuchtigkeit. Der Morgen naht, aber es wird noch immer nicht hell. Über die Berge von Buda streckt sich das gelbglitzernde Kettchen der Laternen. Wie die Funken eines riesigen halberloschenen Lagerfeuers sind jenseits der Donau die zahllosen Lichter von Pest ausgestreut. Noch weiter — und vor uns, zur Rechten wie zur Linken, schimmern in der Nebeldüsternis ebenso flimmernde Inselchen: Ujpest, Kispest, Mátyás und Csepel... Die Budapest Innenstadt ist von einer Menge kleiner und großer Bezirke umgeben. Im Grunde sind dies einzelne Industriestädtchen. Man kann sie nicht Randbezirke nennen. Oftmals liegen sie überhaupt abseits, aber man darf sie auch nicht von der Hauptstadt trennen. Auf dem Stadtplan wird die umfangreiche Fläche von einer einzigen Gesamtlinie umrissen. All dies zusammen ist Großbudapest.

Dies ist das Herz, das Hirn und die Muskulatur der Republik. Hier ist der Löwenanteil ihrer Industrie konzentriert, hier sind drei Fünftel der Arbeiterklasse des Landes beschäftigt. Der Alltag Budapests spricht von allem, was jetzt das Leben des ungarischen Volks ausfüllt, das sich anschickt, den Dreijahrplan der Wiederaufbauarbeiten sieben Monate vor Fristablauf auszuführen.

...Wie zuvor ist der Nachtnebel undurchdringlich, aber der Morgen naht, und die Stadt ist erwacht. Die erste Straßenbahn rasselt über die Donaubrücke und bleibt an der Haltestelle stehen. Der Schaffner springt auf die betonierte Plattform, ein schriller Pfiff, und die gelben kleinen Straßenbahnwagen verschwinden hinter der Straßenbiegung. Der erste Fernomnibus, der fest verschnürte Gepäckstücke auf dem Dach trägt, geht von dem architektonisch durchbrochenen einstöckigen Zentralbahnhof ab. Im Halbdunkel hört man das Stimmengewirr der ersten Schicht, die sich in die weiten Werktoie ergießt. Jetzt wird das Gepfeif der Straßenbahnschaffner und der Krach, den die Reparaturarbeiter machen, bis zur nächsten Nacht über der Stadt stehen. Ein ununterbrochener Menschenstrom wird dahinfluten und alle Bürgersteige überschwemmen.

Lernen wir einen Tag Budapests kennen: statuen wir einer Fabrik einen Besuch ab, machen

wir einen Abstecher in ein Institut, eine Bibliothek und einen Laden, in eine Ausstellung und ein Theater...

„Goldberger“ lauten die großen Buchstaben über dem Fabriktor. Das zweitgrößte Textilkombinat der Hauptstadt. Hier werden Baumwollstoffe, Flanell und Seide von prachtvoller Qualität erzeugt.

Im großen Saal des Fabrikklubs könnte keine Stecknadel niederfallen. Arbeiter und Arbeiterinnen, Techniker und Werkmeister haben die kleinen quadratischen Tische zur Seite gerückt und hören aufmerksam zu.

„Das Leistungsbuch des Arbeiters hilft uns bei der Rechnungslegung. Jeder weiß jetzt, wieviel er leisten muß, wieviel er geleistet hat, ob er die Verpflichtung erfüllt hat oder nicht...“

Es spricht ein bejahrter, untersehter Mann: Miklós Buch, der Leiter der zweiten Abteilung. Die Leistungsbücher wurden — erstmalig in der Fabrik — unlängst in der zweiten Abteilung eingeführt. Wir sind in einer fliegenden Produktionsberatung der Abteilungsaktivisten: der Brigadenleiter, der Werkmeister, der besten Betriebsarbeiter. Bald am einen, bald am anderen Saalende erheben sich Weberinnen. Man spricht kurz. Ja, das Leistungsbuch ist eine gute Sache. Was für einen Wettbewerb gibt's denn ohne Rechnungslegung? Aber nicht immer werden die entsprechenden Arbeitsbedingungen geschaffen. Da sind verschiedenartige Maschinen, verschiedenerlei Fasern. Und warum hat man bisher an der rechten Hallenseite nicht den Motor ausgewechselt? Ist es denn nicht bekannt, daß er immer wieder versagt?

Das ist keine Versammlung, keine Kundgebung. Das ist einfach eine Aussprache der Arbeiter über ihre laufenden Angelegenheiten; zugleich prüfen sie, wie die Produktion vonstatten geht. Aber da erhebt sich ein ganz junges Mädchen, das am Fenster gesessen hat, streicht sich eine Haarsträhne aus der Stirn und sagt:

„Unsere Brigade hat mich beauftragt zu erklären, daß wir die Brigade Rajtos zum Wettbewerb herausfordern...“

Beifall. Das Mädchen will noch etwas sagen, dann aber wirft sie den Kopf wieder zurück und ruft: „Es lebe Stalini!“

„Sta-lin! Rá-ko-si!“ antwortet der Saal mit hundert Stimmen.

Julia Bodoni, eine Weberin in schlichtem dunklem Kleid mit roten Borten, bittet ums Wort.

„Und mir scheint“, sagt sie, „daß wir noch längst nicht alle Möglichkeiten ausnutzen. Wir arbeiten an sechs, selten an acht Webstühlen, aber in der Sowjetunion bedienen die Weberinnen je 24. Die haben wohl andere Hände? Ich meine, ich schlage vor...“, sie stockt einen Augenblick, „ich bitte, mich an 24 Webstühlen arbeiten zu lassen.“

Im Saal ist es zunächst still geworden, dann lärmten auf einmal alle: „Nein... Julia, du hast deine Kräfte nicht in Rechnung gestellt... Du bist noch zu jung, um auf einmal 24 zu nehmen... Es gibt ältere als du, und die drängen sich nicht vor, sondern schweigen... Nein, warum denn, darüber müßte man nachdenken... man sollte es doch versuchen...“

Eine Frau, die ruhig auf einem Stuhl an der Tür gesessen hat, hebt die Hand.

„Natürlich kann man es nicht sofort entscheiden, übers Knie brechen. 24 Maschinen sind nicht 8. Aber Julia Bodoni hat recht. Was lehrt uns die Sowjetunion? Und wie werden wir sonst unser Wort halten: zum 21. Dezember 400 000 Meter Stoff über den Plan hinaus zu liefern? Das wird ein guter Anlauf zum Planjahr fünf sein...“

Die Weberinnen hören Frau Végh aufmerksam zu: sie kennt ihr Fach. Nicht von ungefähr hat die Volksmacht sie auf den Posten des Fabrikdirektors gestellt. Natürlich hat sie recht...

In der zweiten Abteilung dröhnen die Webstühle ohne Unterlaß. Auf einem riesigen, unter der Decke befestigten Schild ist der Gang der Arbeiten aufgezeichnet. Sie sind mit der Absicht geplant, den Jahresplan am 5. Dezember abzuschließen. Man muß die Verpflichtung erfüllen. Die „Blitzmeldungen“ — handgeschriebene kurze Plakate — zeigen, wie die Sache heute vonstatten geht. Die Weberin Benedek schreitet dem Plan um zehn Tage voraus, ihre Kollegin Balányi um acht Tage.

Der Rhythmus der Stachanowarbeiter greift von der Brigade auf die ganze Abteilung über und von dieser auf die ganze Fabrik. Jeder Tag, jede Zeitungsnummer bringt die Namen neuer Bestarbeiter.

Schlagen wir die heutige Nummer des „Szabad Nép“ (Freies Volk) auf. Die Zeitung der Ungarischen Partei der Werktätigen meldet, daß Zehntausende im sozialistischen Wettbewerb einander unterstützen und gemeinschaftlich Siege erringen; sie nennt die Namen der Besten: der Dreher László Ceglédi vom Riesenhüttenwerk Manfred Weiss leistet systematisch vier Solls, der Hütten-

arbeiter Gábor Kalmár vom Werk Ulrich 470 Planprozent. Die berühmte Kumpelbrigade von József Nagy hat beispiellose Kennziffern erzielt: 784 Planprozent...

Der alte Gießer Janós Csefi macht den Vorschlag, einen Wettbewerb um den Ehrentitel des besten Gießers, des besten Meisters im Land, zu organisieren. Die Gewerkschaft der Hüttenarbeiter unterstützt ihn.

Nachdem die Verbrecherbande der imperialistischen Agenten, der Verschwörer aus der Rajkbande, von der Arbeiterklasse zerschmettert worden ist, hat sich diese noch fester um ihre Partei und deren führende Persönlichkeiten geschart. Sie will keinen Tag, keine Stunde verlieren. Nach dem Beispiel der großen Sowjetunion will sie schneller voranschreiten, zum Sozialismus.

Sowohl tausende Tonnen über den Plan hinaus geförderter Kohle als auch Kilometer von Webstoffen und das neue, im Werk Ganz zehn Tage vor dem Termin vom Stapel gelassene Schiff sind eine durch die Tat erteilte Antwort auf die Umtriebe der Kriegsbrandstifter.

Am Ende der grünen Andrásystraße liegt der Heldenplatz. Hier wurde im früheren Gebäude der Gemäldegalerie eine Ausstellung der Arbeiten von Schaffensneuerern eröffnet. Man hat das durch den Krieg zerstörte Museumsgebäude noch nicht wiederaufbauen können. Vorläufig hat man einfach den gewaltigen schachtelförmigen Steinbau mit großen Zeltplanen bespannt, die kahlen Wände mit Ständen aus Furnierholz beschlagen und auf ihnen die Ausstellungsgegenstände angebracht, die nicht nur den heutigen, sondern auch den morgigen Tag widerspiegeln. Modelle neuer Schrämmaschinen, die die Arbeit der Kohlenhauer erleichtern und die Kohlenförderung steigern. Ein automatisches Zählwerk zur Ermittlung der Belastung bei Bauarbeiten. Eine elektrische Säge neuen Systems. Eine neue Methode der Dielung. Ein neuer leichter und fester Hohlziegel. Neue Aufzüge, eine neue Methode des Brückenbaus, ungarisches Nylon... Es ist unmöglich, alle die 1570 originellen und geistvollen Vorrichtungen, Verbesserungen und Erfindungen aufzuzählen, die allein während eines Jahres ersonnen wurden!

Man eröffnete die Ausstellung am 8. Oktober, gleichzeitig mit dem Kongreß der Neuerer. Binnen eines Monats wurde sie von rund 200 000 Personen besucht. Der Monat ist vergangen, man hat die Dauer der Ausstellung verlängert, aber der Besucherstrom versiegt nicht. Die hier gezeigten anderthalbtausend Erfindungen bedeuten nicht nur Dutzende Millionen Forint Ersparnis für die Volkswirtschaft. Die Ausstellung ist eine an der Schwelle des Sozialismus entfachte Fackel. Wie viele Seelen und Herzen wird sie entfachen!

Welche Blütezeit werden neue Talente in nächster Zukunft erleben...

Zur Erringung von Kenntnissen, zum Sturm auf die Höhen der Wissenschaft haben sich die Jungarbeiter und die Bauernjugend in Bewegung gesetzt — jene, denen der Weg zum Licht früher, im alten faschistischen Ungarn, versperrt war. In dem noch nicht wiederhergestellten Teil Budas erstrahlt in hellen Lichtern bis tief in die Nacht ein Gebäude aus Beton und Glas. Das ist das „Kollegium“. So nennt man hier das Studenteninternat. Wir steigen einen breiten Aufgang empor. Ein geräumiger Korridor, Vestibül, Klubsaal, Speisehalle und Garderobe, Räume für das Einzelstudium, Brausebad, Sportsaal, Schlafräume. An den Türen Aufschriften mit den Namen, die sich die hier wohnenden jungen Menschen zu ihrer Devise fürs Leben erkoren haben: „Junge Garde“, „Soja Kosmodemjanskaja“, „Gorki“ und „Genosse Ságvári“ — so hieß ein in den Kämpfen gegen die Faschisten gefallener Held der ungarischen Jugend...

Wer sind sie? Da ist Dezső Maszlag, Bauernsohn aus Csongrád, Student der Technischen Hochschule und gleichzeitig Arbeiter im Csepel-Werk. Lajos Szilvási aus dem Dorf Mezőhegyes, Elektromonteur und Student. György Lénárd, vor kurzer Zeit Brückenarbeiter, jetzt aber Schlosser des Werks MAVAG und gleichfalls Student...

Von den 150 Studenten, denen der Staat dieses prächtige Internat — diese „Ecke des Sozialismus“, wie man sie nennt — eingeräumt hat, studieren 130 bei gleichzeitiger Betriebsarbeit. Die Zeit ist auf die Minute berechnet. Um sechs Uhr morgens ins Werk, dann Mittagessen, hernach Institut, sodann selbständiges Studium im Internat, Nachtruhe und wieder ins Werk...

Schwierig? Natürlich ist es nicht leicht. Aber wertvoll ist grade der nicht leicht errungene Sieg. Gut wird grade jener Fachmann sein, der sich durch sein Schaffen den Weg von der Maschine zum Ingenieurpult bahnt. Und der Volksstaat kommt der neuen, wachsenden Intelligenz der Arbeiter und der Bauern in allem entgegen.

An einer anderen Stätte Budapests, in dem altentwürflichen Gebäude der Technischen Zentralbibliothek, blieb der Direktor zwischen hoch aufeinandergebauten, mit Büchern in allen Sprachen der Welt gefüllten Regalen stehen und sagte uns:

„Allein während des letzten Halbjahrs haben wir zur Anschaffung von Büchern eine solche Summe erhalten, wie sie früher im Laufe von 30 Jahren bewilligt wurde...“

Hunderte von Hörern füllen sowohl tags wie abends die Hörsäle der zahlreichen Fakultäten der

Budapester Universität, sie besuchen deren medizinische, rechtswissenschaftliche, historische, philosophische Sektion und andere. Man braucht Menschen, man braucht Fachkräfte!

In einer Sektion der Philosophischen Fakultät hörten wir unvermutet Laute unserer Muttersprache.

„Und jetzt wiederholen Sie die Konjugation des Verbums ‚быть‘ [sein]“, sagte der Lehrer.

Wir waren, wie sich herausstellte, in eine russische Sprachstunde geraten.

Russisch wird jetzt in Budapest von vielen gelernt. Im Betriebsrat der Fabrik Goldberger, von der aus wir unsere Rundfahrt begannen, hat eine noch ungeübte Hand an die Schiefertafel, die an der Wand lehnt, in russischer Sprache geschrieben: „Das Banner ist rot, der Himmel ist blau.“ In den Ministerien widmen sich die Mitarbeiter eine Stunde vor Arbeitsbeginn der Grammatik der russischen Sprache.

...An einem mit rotem Kattun geschmückten Portal drängt sich eine lebhafte Menge. Hier befindet sich eine Ausstellung sowjetischer Malerei. Zweihundertsechstausend Personen sind binnen eines Monats durch ihre drei Säle geschritten. Der Strom der Besucher nimmt kein Ende. Sie verweilen lange vor den Gemälden der vortrefflichsten Meister, als hätten sie den Wunsch, deren Optimismus mitzunehmen, den Farbenreichtum in sich aufzunehmen, restlos den Gedanken nachzuempfinden, der den Stalinpreisträgern die Hand geführt hat. Zehntausende von der Ausstellungsleitung herausgegebene farbenprächtige Kataloge waren buchstäblich in ein paar Tagen vergriffen. Tausende Urteile im Gästebuch besagen, jedes auf seine Art, das gleiche: eine prachtvolle Ausstellung. Es ist dies eine Schule nicht nur der Malerei, sondern auch der neuen, wahrhaft sozialistischen Lebensäußerung...

Aber weiter, weiter... Die Abendzeit nähert sich. Es öffnen sich die Theatereingänge. Die Menschen eilen. Die einen ins Opernhaus zur „Pique-Dame“, die anderen ins Nationaltheater, um Shakespeares „Sommernachts Traum“ zu sehen, oder ins Theater der Jugend zu dem ungarischen Stück „Zichy palota“. Wir besuchen das Madach-Theater. Seine Schauspieler haben heute die Bühne einem Ensemble eingeräumt, das hier verhältnismäßig selten auftritt...

Der Vorhang teilt sich, und wir sehen eine etwas gebückte Gestalt in einem langen altmodischen Gehrock. Das ist doch der „Abgeordnete der Baltischen Flotte“: Professor Poleschajew! Heute führt das Csepeler Arbeiter-Laientheater dies Schauspiel zum neunundzwanzigstenmal auf. Der Zeichner Sándor Suka spielt die Rolle Professor Poleschajews, der Tischler Ferenc Pálffi

die Rolle Kuprijanows und der Schlosser Lajos Diker die Rolle Botscharows. Zum Spielplan des Arbeitertheaters gehören „Jegor Buljtschow und die anderen“, „Der Unruhestifter“ (Hodscha Nasreddin) und „Ein Sommernachtstraum“. Man mußte beträchtliche Arbeit und Kräfte daransetzen, um, während man Betriebsarbeit leistet, ein solches Theater und solche Aufführungen zustande zu bringen.

Der Drang zur Kunst ist im Volke sehr groß. Wir besuchten an dem gleichen Abend die Csepe-ler Arbeiterschule für bildende Künste. Der Schlosser Jenő Keleti hat dort Katalin Bölönyi in Öl gemalt — die Lagerverwalterin des gleichen Werks, in dem auch er arbeitet. Und sein Modell hat gleichzeitig die Statue eines Hirtenknaben vollendet.

Die Schaufenster der zahlreichen Läden locken die Käufer durch mannigfaltige Warenauslagen. Die meisten haben das Kartensystem, die Nahrungsmittelrationierung schon lange vergessen. Die Rákóczystraße und die Körútstraße — ein Halbring von Donau zu Donau —, die quer durch Pest laufen, schimmern bunt von Schildern, eines dicht am andern. Über dem Warenlager jeglicher „Ferenc“, „Héloisen“ und „Károlys“ erscheinen immer wieder die roten Riesenbuchstaben der Lichtreklamen: Allami Áruház, d. h. Staatsladen. Hier gibt es stets starken Zulauf. Die Waren sind gut und preiswert. Die Verkaufsstände des Zentralmarkts sind mit Tomaten, großen Kartoffeln und Kraut überschwemmt. Verschiedene Fleischsorten, Wild, Butter, Schmalz, Honig, Obst, Nüsse und Grützen... Die Hausfrauen eilen besorgt mit dickbäuchigen Einholtaschen von einem Händler zum andern. Wie alle Hausfrauen an allen Ecken und Enden der Welt halten sie hier und dort Ausschau, bevor sie sich entscheiden, bei wem sie heute Fleisch nehmen. Die meisten Käufer sind vor den von Nickel und Glas funkeln den Verkaufstischen der Genossenschaften zu finden.

Die Zeitung „Kis Újság“ veröffentlichte dieser Tage eine Tabelle, aus der ersichtlich war, wie die Preise sinken. Wie sich herausstellt, geht außer der amtlich angeordneten Schweinefleisch-, Fett-, Brot- und Mehlpreissenkung auch eine systematische Verbilligung anderer Nahrungsmittel vor sich. Während eines Jahres sind der Zuckerpreis um 18 Prozent und der Reispreis um 30 Prozent gesunken. Die Hauptstadt konsumiert jetzt dreimal soviel Fleisch wie vor dem Krieg. Der Arbeiter entrichtet jetzt erheblich geringeren Mietzins. Allein während eines Jahres ist sein Reallohn um mindestens ein Fünftel gestiegen. Und außerdem hat er ja das Recht auf unentgeltliche ärztliche Behandlung und Bildung sowie auf Erholung erhalten.

In tausend Stücke zerschellt an dieser Lebenswahrheit die gehässige „Flüsterpropaganda“ — widerliche Gerüchtchen, die in Spießerkinkeln heimlich umlaufen: „Warten Sie nur, das Weißbrot wird flötengehen“, „Warten Sie nur, es wird kein Fleisch geben.“ Es gibt alles! Und es wird noch mehr geben!

* * *

Großbuda pest ersteht aus den Ruinen. Neue Brücken umgürten die Donau. Die von den Hitlerfaschisten gesprengte und jetzt wiederhergestellte historische Kettenbrücke von Buda pest, die älteste in Europa und die erste über die Donau, wurde am 20. November, genau hundert Jahre nach ihrer Einweihung, wieder dem Verkehr übergeben.

Eine neue Schule hat in der neuen Arbeitersiedlung vor erst einem Monat ihre ersten Schüler aufgenommen. Früher gab man diesem Winkelchen der Hauptstadt, diesem Ort von Müllhaufen, Ödplätzen und Elendshütten, zum Spott den Spitznamen „Angyalföld“, d. h. „Engelerde“. Jetzt ward es zur Menschenerde.

Fast gleichzeitig mit dieser Schule wurde in einem Nachbarbezirk, neben dem Werk Ganz, eine neue prächtig ausgerüstete Arbeiterpoliklinik eröffnet. Es gibt hier Höhen sonne, Quarz, Röntgenstrahlen und Hydrotherapie.

... Da ergeht sich in Buda pest würdevoll, ohne Hast, eine Gruppe von Bauern in schwarzen steifen Hütchen. József Lugocki aus dem Dorf Kaszaper, Komitat Csanád, ist zum erstenmal in seinem Leben in die Hauptstadt gelangt. Ein landloser Armbauer, war er früher an einen Gutshof gefesselt. Mit ihm sein Dorfgenosse István Kuri. Der dritte ist Lajos Ruttere aus dem Dorf Rákosi, Komitat Debrecen. Insgesamt sind es an die 15 Personen. Sie besichtigen die Stadt, ihre Denkmäler und Plätze, ihre neuen Gebäude und Brücken. Sie sind in der Hauptstadt zu Gast.

Im früheren Kurhotel „Golf“ in den Bergen von Buda gibt es jetzt ein Erholungsheim der Gewerkschaften. Dort erholen sich zur Zeit 70 Bauern. Es ist dies eine Prämie für die besten Organisatoren von Dorfgenosenschaften. Das Erholungsheim heißt „Roter Stern“. Der Berg, auf dem es gelegen ist, heißt „Szabadsághegy“, was Freiheitsberg bedeutet. Hier lernten wir eine Sehenswürdigkeit der Hauptstadt kennen, die man nicht unerwähnt lassen darf, wenn man über Buda pest berichtet. Quer durch dichten Wald von hundertjährigen Buchen, Eichen und Linden laufen in ungestümem Schwung Eisenbahngleise. Kleine Waggonen stehen am Bahnsteig einer neuen Station. Am Kassenschalter sitzt ein dem Aussehen nach zwölfjähriges Mädchen mit Zöpfchen.

Am Dienstfernsprecher: ein Bürschchen, ihr Altersgenosse. Der Stationsdiensthabende ist sein Klassenkamerad. János Hadviga tritt auf den Bahnsteig hinaus und hebt den Stab. „Előre!“ (Vorwärts!) sagt er. Der kleine Waggon setzt sich in Bewegung.

Die Budapester Kindereisenbahn ist eine faszinierende Schule der Arbeit, den Kindern geschenkt von der Volksdemokratie.

* * *

...Es gibt in Großbudapest natürlich vieles, was man an einem Tag nicht sehen kann. Aber man spürt den Umfang und die Reichweite des Aufbaus dieses neuen Lebens, man spürt seinen Pulsschlag. Hier schafft ein Volk, das schon um die Freude weiß, frei und unabhängig zu sein. Es fühlt sich als Herr des Landes und weicht alle

Kräfte der Festigung und dem Aufstieg seiner Heimat.

Es ist Nacht geworden. Die gelben Leuchtkäfer der Laternen tauchen in graue Nebelwolken. Der Blocksberg, der mit Granitfelsen über der Donau aufragt, verliert im Dunkel allmählich seine Konturen. Plötzlich reißt ein helles Strahlenbüschel aus der Finsternis eine gleichsam über der Stadt schwebende Statue. Die Gestalt einer Frau, die einen Palmenzweig hoch über ihr Haupt erhoben hat, glänzt im Scheinwerferlicht. Der Orden des Vaterländischen Krieges der Sowjetunion ist am Sockel befestigt. Unten, neben dem Sockel, steht ein Sowjetkrieger. Dies ist das Denkmal für die Kämpfer und Befreier, die der ungarischen Erde den Frieden und das Glück gebracht haben. Es ist ein Symbol des Kampfes, des Sieges, des Friedens und der Freiheit.

Buda pest, im November 1949

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

Organisiertes Chaos

A. TRAININ, B. NIKIFOROW

VOR KURZEM erschien in London ein Buch von Rupert Cross und P. Asterley Jones, „Eine Einführung in das Strafrecht“*. Zum Unterschied von anderen Leitfäden dieser Art wird in dem Buch der Versuch gemacht, eine allgemeine Vorstellung von der englischen Strafgesetzgebung und Gerichtspraxis zu vermitteln.

Das Buch erhebt Anspruch darauf,

„allen Lesern aus der Vogelschau den sie interessierenden Gegenstand zu zeigen und denjenigen, die ihn nicht sehr gründlich zu studieren brauchen, alle erforderliche Information zu geben“.

Da sich die Verfasser eine solche Aufgabe stellten, mußten sie an den Materialien über die Gesetzgebung und Gerichtspraxis notgedrungen eine Reihe chirurgischer Operationen vornehmen: sie mußten eine Unmenge Einzelheiten, Ausnahmen von der Regel und Ausnahmen dieser Ausnahmen amputieren, kurz alles das, was — wie der englische Jurist Jenks schrieb — auf den in die Feinheiten der englischen Gerichtsmaschine Uneingeweihten wie ein Alpdruck wirkt.

* Rupert Cross and P. Asterley Jones, An Introduction to Criminal Law, London 1949.

Aber selbst die radikalsten Operationen erwiesen sich außerstande, den Lesern die Wesenszüge des heutigen englischen Rechts zu verbergen: seinen zutiefst reaktionären Charakter, seine absichtliche Ungenauigkeit und notorische Widersprüchlichkeit, wie sie dem bürgerlichen Recht in der Periode des Imperialismus unbedingt eigen sind.

Bekanntlich gibt es in England kein Strafbuch. Die einzelnen Bestimmungen des Strafrechts und der Strafprozeßordnung sind in unendlicher Zahl in den Gerichtsbeschlüssen (gemeines Recht) und in den Parlamentsgesetzen (statutarisches Recht) formuliert. Die Verfasser des Buches versuchen zu zeigen, daß beide Quellen — das gemeine wie das statutarische Recht — miteinander verflochten und in komplizierter Wechselbeziehung zueinander stehen. Aber sie machen nicht einmal den Versuch, den wahren Sinn und den politischen Zweck des ausgeklügelten Mechanismus dieser Wechselbeziehungen darzulegen.

Engels kennzeichnete seinerzeit das englische Recht wie folgt:

„Das englische Gesetz ist entweder **gemeines Recht** (common law), d. h. ungeschriebenes Recht, wie es zu der Zeit existierte, von welcher an man anfang, die Statute zu sammeln, und später von juristischen Autoritäten zusammengestellt wurde; dies Recht ist natürlich in den wichtigsten Punkten ungewiß und zweifelhaft, oder **Statutarrecht** (statute law), das in einer unendlichen Reihe einzelner, seit fünf-hundert Jahren gesammelten Parlamentsakten besteht, die sich gegenseitig widersprechen und an die Stelle eines ‚Rechtszustandes‘ einen vollkommen rechtlosen Zustand stellen.“

Diese Charakteristik des englischen Rechts, die Engels vor mehr als hundert Jahren gab, hat ihre Bedeutung auch heutzutage restlos bewahrt. Während der inzwischen verflossenen hundert Jahre ist das englische Recht nur noch ungewisser und kasuistischer geworden. In dieser Zeitspanne haben die intensive gesetzgeberische Tätigkeit des Parlaments und die legislative Tätigkeit der Gerichte die von Engels geschilderte Situation nur noch verschlimmert. Die Interessen der Imperialisten durchbrechen die Traditionen des bürgerlichen Liberalismus. Hierbei vollzieht sich eine Art „freundschaftlichen Wettbewerbs“ zwischen dem gemeinen und dem statutarischen Recht: bald verzichten die Gerichte, um dienstbeflissen neuen Forderungen der imperialistischen Bourgeoisie nachzukommen, auf „althergebrachte“ Prinzipien, bald überholt das Gesetz die Gerichtspraxis und führt neue Grundlagen der strafrechtlichen Verantwortung ein. Übrigens haben die Verfasser des Buches keine Eile, auf diese wesentlichen Erscheinungen einzugehen.

Die Verfasser betonen, daß sie nicht beabsichtigen, geschichtlichen Fragen viel Aufmerksamkeit zu schenken, bringen ihnen aber dennoch außerordentliches Interesse entgegen. Das Gedächtnis der englischen Juristen ist jedoch originell eingerichtet: je mehr Zeit seit dem Erscheinen eines Gesetzes oder Gerichtsbeschlusses verstrichen ist, desto besser erinnern sie sich daran, und desto ausführlicher legen sie ihn dar. So z. B. schildern sie ausführlich alle Wandlungen des Verratsgesetzes (Treason Act), das 1351, d. h. vor 600 Jahren, erlassen wurde. Dagegen liegen Ereignisse der neuesten Zeit, Ereignisse von größter sozialer Bedeutung und politischer Aktualität vor — nämlich die Streiks der Arbeiter —, bei denen das Gedächtnis der arbeitseifrigen Rechtsgelehrten katastrophal zu versagen beginnt und sich ihre Neigung zu allgemeinen Schlussfolgerungen im Handumdrehen verflüchtigt. Dabei sollten sie die Leser, wenn auch nur „aus der Vogelschau“, mit dem Verhalten bekannt machen, dessen sich die englischen Gerichte dem Generalstreik der Bergarbeiter von 1926 gegenüber befeißigten.

Laut der 1926 gültigen Gesetzgebung war der Streik nach gemeinem Recht nicht ungesetzlich, wenn er „als Weiterung eines Arbeitskonflikts“ (in furtherance of a trade dispute) ausbrach.

Es fanden sich jedoch Richter, die es für notwendig erachteten, nicht erst abzuwarten, bis sich die Gesetzgebung hiermit befassen würde, sondern auf eigene Faust Maßnahmen gegen die Streikenden zu ergreifen. Richter Astbury entschied in Sachen des Verbandes der Seeleute und Heizer, daß der Streik von 1926 ungesetzlich gewesen sei, weil er angeblich nicht als Weiterung eines Arbeitskonflikts erfolgte und nicht zu dem Zweck durchgeführt wurde, auf die Unternehmer einzuwirken, sondern, wie das Gericht es definierte, um einen Druck auf die Regierung auszuüben. In englischen Juristenkreisen kam es aus diesem Anlaß zu Streitigkeiten, und nun kam das Parlament den Richtern zu Hilfe. Es erließ 1927 das Gesetz über Arbeitskonflikte und Gewerkschaften. Diesem Gesetz zufolge wurde jeder Streik, der darauf berechnet war, einen unmittelbaren oder mittelbaren Druck auf die Regierung auszuüben, für ungesetzlich erklärt.

Über diese Form des Wettbewerbs und der Zusammenarbeit zwischen der gerichtlichen und der gesetzgebenden Behörde schweigen sich die Verfasser der „Einführung in das Strafrecht“ aus. Aber diese Tatsachen sind unbestreitbar. Sie zeugen davon, daß das sogenannte gemeine Recht und das sogenannte statutarische Recht nur zwei Wege, zwei Methoden zur Durchführung ein und derselben Klassenpolitik der Bourgeoisie sind.

Jede dieser Methoden hat ihre taktischen Vorzüge, die von der Behörde je nach den Anforderungen von Ort und Zeit ausgenutzt werden. Das gemeine Recht hat die Rechtsnormen gemächlich zu entwickeln, die Erzeugnisse der gesetzgeberischen Tätigkeit teilweise zu korrigieren, Einzelheiten den Erfordernissen anzupassen und auf diese Weise die gesetzgeberische Formel auf die wechselnden, laufenden Anforderungen der Strafpolitik des bürgerlichen Staates zuzuschneiden. Die „Einführung in das Strafrecht“ enthält eine Reihe von Beispielen, die davon zeugen, daß das gemeine Recht für diese Anforderungen zuweilen eine erstaunliche Feinfühligkeit besitzt. So kam ein englisches Gericht im Jahre 1933, gestützt auf einen richterlichen Ausspruch von 1801, der nicht einmal die Bedeutung eines Präzedenz-falles besaß, zu dem Schluß, daß nach gemeinem Recht gerichtlich zu verfolgen seien „alle Vergehen öffentlicher Natur, d. h. alle Handlungen oder versuchten Handlungen, die die Gesellschaft zu schädigen geeignet sind“. Man begreift unschwer, daß jede beliebige Handlung, jede beliebige öffentliche und politische Aktion auf den

Generalnenner dieser „Bestimmung“ gebracht werden kann. Selbst die Verfasser der „Einführung“ hielten es für angebracht, zu erklären:

„Es ist nachweisbar, daß durch diesen Beschluß des kriminellen Appellationsgerichts ... der Tatbestand eines Verbrechens definiert worden ist, der bisher im englischen Recht unbekannt war und der in Zeiten der Spannung unverhältnismäßig ausgedehnt werden kann.“ (S. 16/17.)

Für „Zeiten der Spannung“ steht der herrschenden Minderheit noch der oben erwähnte zweite Weg, das statutarische Recht, zur Verfügung. Wahrlich, so groß die angeführten „Vorzüge“ des gemeinen Rechts vom Standpunkt der regierenden Bourgeoisie auch sein mögen, es weist dennoch einen wesentlichen Mangel auf, der besonders deutlich in der Epoche des Imperialismus zutage tritt, in der Epoche, die, wie Lenin ausführte, „relativ viel stoßhafter, sprunghafter, katastrophenreicher und konfliktreicher ist“. Dieser Mangel ist die verhältnismäßige Starrheit des gemeinen Rechts. Dort, wo es angezeigt ist, eine Kehrtwendung auszuführen, ein großes Manöver, eine radikale Maßnahme vorzunehmen, dort ist das gemeine Recht häufig nicht auf der Höhe.

Dann tritt das Gesetz, das statutarische Recht, auf den Plan. Dieses Recht erhebt natürlich keinen Anspruch auf dauernde Gültigkeit: im Gegenteil, es ist sehr zeitgebunden und durchschreitet lärmend alle Etappen der parlamentarischen Gesetzgebung. Aber es hat seine Vorzüge, es ist fähig, rascher zu wirken und obligatorischer zu klingen. Immerhin handelt es sich hier um ein Gesetz und nicht um einen Präzedenzfall. In Augenblicken scharfer politischer Konflikte wird das Gesetz, wie wir gesehen haben, für die herrschenden Klassen zu einer wertvolleren Waffe.

So bewegen sich das englische gemeine und statutarische Recht bald parallel, bald sich überschneidend, mal in dem verlangsamten Tempo der Präzedenzfälle, mal in den Sprüngen des Gesetzes voran und bildet ein undurchdringliches Dickicht unzähliger Rechtsbegriffe, Beschlüsse, Aussprüche und Auslegungen.

Wie soll man in diesem Labyrinth sein Recht finden und verteidigen?

Die englischen Juristen Gebrüder Odgers schildern die schwere — aber einträglich! — Arbeit des Rechtsanwalts, der sich auf die Verteidigung in einer unter gemeines Recht fallenden Sache vorbereitet, wie folgt:

„Jeder Praktiker, der sich Geschicklichkeit in der Verwendung von Lehrbüchern, Indexen und Auszügen angeeignet hat, wird ... bald zehn oder zwölf in Berichten festgehaltene Fälle zu seiner Verfügung haben, die zu der betreffenden Frage in mehr oder minder entfernter Beziehung stehen. Wenn sie alle übereinstimmen, so ist seine Aufgabe leicht; aber das ist selten

der Fall. Selbst dann, wenn alle ihm vorliegenden Fälle für ihn günstig zu sein scheinen, gibt es in der Bibliothek seiner Anwaltskammer mindestens 2000 andere Bände von Prozeßberichten, von denen jeder beliebige einen richterlichen Ausspruch oder einen Gerichtsbeschluß enthalten kann, der für seinen Klienten verderbenbringend ist. Nach diesen stöbert im selben Augenblick sein energischer Gegner, und am Gerichtstag werden beide Serien von Beschlüssen, pro und contra, den Richtern vorgeführt und in den Plaidoyers der Anwälte sowie in den Beschlüssen des Gerichts erörtert.“*

Es gräbt also der „Praktiker, der sich Geschicklichkeit in der Verwendung von Lehrbüchern ... angeeignet hat“, im Schweiße seines Angesichts aus den Tiefen der Bücher den gesuchten Beschluß aus. In welcher Lage ist jedoch der einfache Mensch, der in solchen Suchereien nicht geübt ist und nicht die Mittel zur Ausrüstung einer juristischen Ausgrabungsexpedition besitzt? Es ist klar, daß dem einfachen Engländer der ganze Bereich der Gesetze, Präzedenzfälle und superklugen Auslegungen unzugänglich ist. So erweist sich das undurchdringliche Chaos, das im englischen Strafrecht herrscht, politisch gesehen tatsächlich als ein im Interesse der regierenden Klassen organisiertes Chaos, als ein Chaos, das Millionen einfacher Menschen zu faktischer Rechtlosigkeit verurteilt.

Wenn Cross und Jones den Leser auffordern, aus der Vogelschau einen Blick auf das englische Recht zu werfen, so suchen sie dem Chaos einen Anschein von Ordnung zu geben, indem sie kurze Definitionen und Erläuterungen einstreuen. Sie möchten außerdem, daß der Leser die seiner Aufmerksamkeit empfohlenen Materialien von einem bestimmten politischen Gesichtswinkel aus betrachte. Die „Einführung in das Strafrecht“ ist nicht schlechthin ein Wegweiser durch den von den Autoren gewählten Teil des Labyrinths. Sie ist auch ein Versuch, das vorgeführte Material zu beurteilen und dieses Urteil dem Leser zu suggerieren.

Es stellt sich heraus, daß das moderne strafrechtliche System sich nach Ansicht der Verfasser „von dem vor hundert Jahren durch größere Humanität merklich unterscheidet“. Zum Beweis berufen sich die Verfasser u. a. auf das Gesetz über die Strafprozeßordnung von 1948, das (man bedenke, im Jahre 1948!) die bis dahin unerläßlich gewesene Prügelstrafe abschafft und einige (recht wenige) andere, äußerlich liberale Maßnahmen vorsieht.

Auf das Gesetz von 1948 berufen sich die Verfasser jedoch nur ungern und wortkarg. Dieses Gesetz, das die Labourpresse seinerzeit als grundlegende Reform des Strafrechts anpries, schafft

* William Blake Odgers and Walter Blake Odgers. The Common Law of England. Vol. I. London 1920, p. 65.

nur die ungereimten und der regierenden Minderheit nicht mehr erforderlichen veralteten Maßnahmen ab, die lange vor dem Gesetz schon durch das Leben und die Praxis abgeschafft worden waren. Hinzu kommt, daß dieses Gesetz in vielen Stücken bisher nur ein Versprechen darstellt — es wird allmählich, teelöffelweise zur Geltung gebracht und ist auch jetzt noch nicht voll in Kraft getreten.

Es handelt sich jedoch nicht so sehr darum, was das Gesetz mit endlosen Vorbehalten abschafft, wie vielmehr darum, was es ohne Vorbehalte unangetastet bestehen läßt. In dem Gesetz von 1948 wird nicht der geringste Versuch gemacht, die Todesstrafe abzuschaffen oder ihre Anwendung auch nur einzuschränken. In dem Gesetz von 1948 ist die Möglichkeit der Anwendung der Körperstrafe als Disziplinarstrafe aufrechterhalten worden. In dem Gesetz von 1948 ist auch die schändliche Ordnung, Geldstrafen durch Gefängnisstrafen zu ersetzen — selbstverständlich für solche Leute, die die Geldstrafe nicht erlegen können, d. h. für arme Leute —, völlig unangetastet geblieben. Haftstrafen an Stelle von Geldstrafen können bis zu zwölf Monaten dauern.

Viele Geständnisse der Verfasser der „Einführung in das Strafrecht“ widerlegen restlos die von ihnen selbst erdachte Theorie einer „Liberalisierung“ des englischen Strafrechts. Die „Einführung“ enthält Angaben über eine außerordentliche Erweiterung der Sphäre strafrechtlicher Repressalien im neuzeitlichen England. Handelte es sich früher im englischen Strafrecht hauptsächlich um die Unterbindung verbotener Handlungen, so kommt es, wie Cross und Jones schreiben,

„gegenwärtig häufiger als früher vor, daß ein Statut die Nichterfüllung einer Verpflichtung bestraft.

... Um sich über das“ (jetzige) „Ausmaß des Strafrechts klarzuwerden, darf sich der Leser nicht nur auf diejenigen Statuten beschränken, die offenbar unmittelbar darauf Bezug haben. Kennt er das Veruntreuungsgesetz von 1916, das Urkundenfälschungsgesetz von 1913, das Verkehrsgesetz von 1930 und das Gesetz über die Strafprozeßordnung von 1948, so muß er daran denken, daß Strafbestimmungen im Bankrottgesetz von 1914, im Saatgutgesetz von 1920, in den Gesetzen über geistige Minderwertigkeit von 1913 und 1927, im Volkszählungsgesetz von 1938, im Bildungsgesetz von 1944 und in einer Unmenge anderer Gesetze enthalten sind.“ (S. 20/21.)

Daher könnte man, wie die Verfasser ausführten, den Teil des Buches, der von „diversen Verbrechen“ handelt, auf ein Hundertfaches erweitern; andernfalls sei es, wie man sehe, selbst aus der „Vogelschau“ nicht möglich,

„das Bild der verschiedenen Fragen, die durch das neuzeitliche Strafrecht geregelt werden“, ganz zu überblicken.

Die jähe, ständig zunehmende Erweiterung der Sphäre strafrechtlicher Repressalien erklären die Verfasser verschommen damit, daß

„der Staat die Verantwortung für die Kontrolle und Einschränkung verschiedener Arten von Tätigkeit übernimmt, denen früher jedermann frei nachgehen konnte.“ (S. 20.)

Übersetzt in eine klare, einfache Sprache, bedeutet diese vorsätzlich ungenaue Formel, daß in der Periode des Imperialismus der bürgerliche Staat immer tiefer, immer gewaltsamer in die Existenz seiner Bürger eingreift, daß er ihre Tätigkeit im Interesse eines verschwindend kleinen Häufleins von Ausbeutern immer mehr und immer offener einschränkt. Er verbietet ihnen nicht nur Handlungen, die die Interessen dieses Häufleins gefährden, sondern zwingt sie, genau so zu handeln, wie diese Interessen es verlangen. Es versteht sich von selbst, daß eine Entwicklung in dieser Richtung nichts mit „Liberalisierung“ des Strafrechts zu tun hat.

Die Verfasser der „Einführung“ sind sich offenbar über die Bedeutung dessen, wovon die Rede ist, nicht klar und lenken das Augenmerk des Lesers auch auf andere Erscheinungen, die für die Zersetzung der bürgerlichen Gesetzlichkeit in der Periode des Imperialismus charakteristisch sind. Wir meinen den Prozeß des allmählichen Übergangs der gesetzgeberischen Funktionen aus den Händen des Parlaments in die Hände der Gemeindeverwaltungen oder gar in die Hände der Verwaltungsorgane — der Ministerien und aller Arten von Verwaltungskommissionen und -ausschüssen. Diese Erscheinung, die sogenannte „Delegierung“ der gesetzgeberischen Macht, geht ihrer Bedeutung und ihrem Umfang nach weit über den Rahmen des Strafrechts hinaus und ist schon lange Gegenstand beunruhigter Aufmerksamkeit der mehr oder minder fortschrittlich denkenden englischen Juristen. Cross und Jones selber weisen darauf hin, daß der Leser ein falsches Bild vom englischen Strafrecht erhalte, wenn er die Tätigkeit der gesetzgeberischen Organe der Exekutivmacht nicht in Betracht ziehe, zu der nicht nur die Ministerien, sondern auch die Organe der Gemeindeverwaltung, ferner Eisenbahngesellschaften und andere ähnliche Ämter gehören.

Aus alledem ergibt sich folgendes:

„Viele Verbrechen können in Beschlüssen gefunden werden“ (gemeint sind Beschlüsse von Organen der Exekutivmacht), „die ihre Rechtskraft nur indirekt Parlamentsgesetzen verdanken.“ (S. 23.)

Wenn jedoch Zweifel darüber entstehen, ob das eine oder andere Verwaltungsorgan das Recht

habe, durch Erlaß eines entsprechenden Beschlusses irgendein Verhalten für rechtswidrig und strafbar zu erklären, so

„ist die Auslegung vorzuziehen, die das Dokument rechtskräftig macht, nicht aber diejenige, die es nicht tut“. (S. 24.)

Das englische Strafrecht ist demnach ein Meer von Gerichtsbeschlüssen, eine Unmenge von Statuten und ein ganzer Strom von Beschlüssen, der aus dem Parlament zum König als dem Haupt der exekutiven Macht, vom König zu den Ministern und von diesen zu den Verwaltungsbehörden fließt.

Hinter der Galafassade der englischen Demokratie erkannte Engels vor hundert Jahren, daß England eigentlich nicht von der Krone und auch nicht vom Ober- und Unterhaus des Parlaments, sondern nur vom Eigentum regiert wird. Engels führte ein in England verbreitetes Sprichwort an, das in englischen Konversationslexika, auch den vollständigsten, sorgfältig vermieden wird. Es lautet: „Das Gesetz bedrängt den Armen, aber es

wird von den Reichen regiert.“ So definiert das Volk, das schon lange gelernt hat, hinter dem Berg von Gesetzen und Gerichtsbeschlüssen die Wirklichkeit zu erkennen, das Wesen der bürgerlichen Rechtsordnung.

Je tiefer man in die Gerichts- und Rechtspraxis des neuzeitlichen England eindringt, desto vollständiger und deutlicher treten natürlich die abstoßenden Züge der Klassenrechtsprechung zutage, die vorsätzlich mit einer Unzahl von Gesetzen, Präzedenzfällen und Beschlüssen maskiert wird. Eben deshalb haben die Verfasser des Buches offenbar angenommen, daß sie, wenn sie in Höhe der „Vogelschau“ bleiben, imstande sein werden, das wahre Bild der englischen Rechtsprechung vor den Lesern zu verbergen. Vergebliche Hoffnung: selbst aus der „Vogelschau“ der Betrachtungen von Cross und Jones ist das aufschlußreiche englische Landschaftsbild klar zu erkennen, die Zerstörung der bürgerlichen Gesetzlichkeit und die gewaltsame Einführung einer uningeschränkten Polizeiwillkür.

16. November

In Peking wird eine Konferenz der Gewerkschaften Asiens und Ozeaniens eröffnet.

18. November

Dem englisch-amerikanischen Block gelingt es, in der Plenarsitzung der UNO-Vollversammlung die Ablehnung der sowjetischen Resolution zur griechischen Frage durchzusetzen, deren Ziel es war, Griechenland von den ausländischen Okkupanten zu befreien, dem Bürgerkrieg ein Ende zu machen und dem griechischen Volk das Recht zuzugestehen, seine inneren Angelegenheiten auf dem Wege allgemeiner freier Wahlen selbst zu regeln. Von der mechanisch funktionierenden Mehrheit wird eine Resolution der USA, Englands, der Kuomintangleute und Australiens angenommen, die zur Deckung der amerikanischen Einmischung in die Angelegenheiten des griechischen Volkes bestimmt ist.

In Terni (Italien) findet ein 24stündiger Generalproteststreik gegen die Beschlüsse der Direktion des Ternikonzerms statt, 1200 Arbeiter zu entlassen und die Arbeitswoche in einigen Werkstätten auf 24 oder sogar auf 16 Stunden zu verkürzen.

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

November 1949

Etwa 300 Insassen des Gefängnisses in Masan (Südkorea) treten in den Aufstand gegen die Marionettenregierung. Li Seung Mans. Nach Aufreißung eines Polizeitrupps schließen sich die Aufständischen den Partisanen an.

20. November

Die Regierung der Volksrepublik Albanien beschließt, diplomatische Beziehungen mit der Chinesischen Volksrepublik herzustellen.

21. November

Dem englisch-amerikanischen Diktat gehorchend, weicht die Mehrheit der UNO-Vollversammlung der Abstimmung über den Sowjetantrag zur Frage des Schicksals der ehemaligen italienischen Kolonien aus und nimmt eine Resolution an, die faktisch auf eine Aufteilung der ehemaligen italienischen Kolonien hinausläuft. Gemäß dieser Resolution wird Libyen für 1952, dem

Somaliland nach 10 Jahren eine fiktive Unabhängigkeit versprochen. Hinsichtlich Erythräas wird kein endgültiger Beschluß gefaßt.

In Delhi findet eine Friedensanhängerkonferenz für die Provinz Delhi statt. Das von der Konferenz beschlossene Manifest verurteilt die Kriegsbrandstifter und ruft zur Vereinigung aller Friedensanhänger auf.

Die österreichische Regierung führt eine Abwertung des Schillings durch.

22. November

In Moskau wird die Ratstagung der Internationalen Demokratischen Frauenföderation geschlossen, nachdem sie einstimmig Resolutionen über den Kampf der Föderation und ihrer Landesorganisationen für den Frieden, über die Verteidigung der wirtschaftlichen Rechte der Frauen im Zusammenhang mit dem Anwachsen des Elends und der Arbeitslosigkeit in den kapitalistischen Ländern, über die Aufgaben der demokratischen Frauenpresse u. a. angenommen hat. Der Rat beschließt die Aufnahme von Frauenorganisationen Boliviens, Ekuadors, des Staates Israel, Japans, der Schweiz und Syriens in die Föderation.

Truppen der Chinesischen Volksrepublik besetzen Kweilin, die Hauptstadt der Provinz Kuangsi.

In Winnipeg (Kanada) findet eine Friedensanhängerkonferenz statt. Die Konferenz gründet einen Friedenskampfausschuß der Provinz Manitoba und ruft alle Kanadier zum Kampf für einen dauernden Frieden, für Demokratie und Freiheit auf.

23. November

Die englisch-amerikanische Mehrheit der UNO-Vollversammlung lehnt den sowjetischen Antrag auf Verbot der Atomwaffe und auf Einschränkung der Rüstungen und der Streitkräfte der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates um ein Drittel ab. Die Vollversammlung nimmt einen französisch-norwegischen Resolutionsentwurf an, in dem die Frage der Einschränkung der Rüstungen und Streitkräfte ersetzt wird durch Sammlung von Informationen über konventionelle Rüstungen und über Streitkräfte im Interesse des amerikanischen Nachrichtendienstes und in dem die Frage des Atomwaffenverbots umgangen wird. Die Delegationen der Sowjetunion, der Ukraine, Bjelorußlands, Polens und der Tschechoslowakei stimmen gegen diesen Antrag.

24. November

In Kalkutta wird die Indische Landeskongferenz der Friedensanhänger eröffnet.

In Neapel findet ein 24stündiger Generalstreik zur Unterstützung des Kampfes der Werktätigen gegen Betriebsschließungen, Entlassungen und Arbeitslosigkeit statt.

25. November

Von der englisch-amerikanischen Mehrheit im Politischen Ausschuß der UNO-Vollversammlung werden die Sowjetanträge auf Verurteilung der Vorbereitung eines neuen Krieges und auf Abschluß eines Fünfmächtepakts zur Festigung des Friedens abgelehnt. Der Ausschuß nimmt eine aus allgemeinen Erklärungen zusammengeflochtene englisch-amerikanische Resolution an.

In Frankreich wird ein von der Allgemeinen Arbeitskonföderation ausgerufenen 24stündiger Generalstreik durchgeführt zum Protest gegen die Weigerung der Regierung, die Forderungen der Werktätigen zu bewilligen. An dem Streik beteiligen sich auch Mitglieder der „Force Ouvrière“ und der Französischen Konföderation der christlichen Werktätigen.

Die der Allgemeinen Arbeitskonföderation Italiens angehörende Föderation der Telefonarbeiter Italiens ruft im ganzen Lande einen Proteststreik aus gegen die Weigerung der Konzessionsgesellschaften, die Verhandlungen über eine Revision des Kollektivvertrags und über Lohnerhöhungen fortzusetzen.

In Palermo (Italien) findet ein 12stündiger Generalstreik zur Unterstützung des Kampfes der Bauern um Boden statt.

26. November

In der Mongolischen Volksrepublik wird der 25. Jahrestag der Erklärung der Mongolei zur Volksrepublik festlich begangen.

Der 21. Parteitag der Kommunistischen Partei Englands wird in Liverpool eröffnet.

In Helsinki wird der am 24. November eröffnete dritte Kongreß der Gesellschaft Finnland—Sowjetunion geschlossen.

Eine Konferenz der Londoner Werkstättenobleute des Landesverbandes der Autoindustriearbeiter beschließt einstimmig eine Resolution, in der die Wirtschaftspolitik der englischen Regierung scharf verurteilt sowie die Einberufung des Trade-Union-Kongresses zur Erörterung der Lohnstopp-Politik gefordert wird.

27. November

In Warschau wird der Vereinigungskongreß der Bauernparteien Stronnictwo Ludowe und Polskie Stronnictwo Ludowe eröffnet.

In Kalkutta wird die Indische Landeskongferenz der Friedensanhänger geschlossen. Von der Konfe-

renz wurde ein Manifest an das indische Volk angenommen und ein Ständiges Landeskomitee der Friedensanhänger Indiens gewählt.

In Berlin wird der zweite, am 23. November eröffnete Kongreß des deutschen Kulturbundes geschlossen. In dem Beschluß über die grundlegenden Aufgaben des Bundes wird dargelegt, daß er für ein einiges, unabhängiges und demokratisches Deutschland eintritt sowie einen Kampf für Frieden und gegen Kriegspropaganda führt.

28. November

Die Sowjetpresse veröffentlicht ein Begrüßungsschreiben des Vorsitzenden des Ministerrates der Union der SSR, Generalissimus J. W. Stalin, an den Ministerpräsidenten der Mongolischen Volksrepublik, Marschall Tschoidalssan, anlässlich des 25. Jahrestages der Ausrufung der Mongolischen Volksrepublik, sowie die Antwort Marschall Tschoidalssans.

In Prag kommt ein Prozeß gegen eine Gruppe hochverräterischer Verschwörer und ausländischer Spione, die sich in der Tschechoslowakei betätigten, zum Abschluß. Zwei Angeklagte werden zum Tode, vier zu lebenslänglicher Haft, die übrigen zu verschiedenfristigen Gefängnisstrafen verurteilt.

29. November

Veröffentlichung eines Kommunique über eine Tagung des Informationsbüros kommunistischer Parteien, die in der 2. Novemberhälfte in Ungarn stattgefunden hat. Auf der Tagung wurden Referate gehalten und Beschlüsse gefaßt zu folgenden Fragen: 1. Die Verteidigung des Friedens und der Kampf gegen die Kriegsbrandstifter; 2. Die Einheit der Arbeiterklasse und die Aufgaben der kommunistischen Parteien und der Arbeiterparteien; 3. Die Kommunistische Partei Jugoslawiens in der Gewalt von Mördern und Spionen.

Der 5. Jahrestag der Befreiung Albaniens von den faschistischen deutschen Okkupanten wird dort festlich begangen.

Abonnieren Sie für das Jahr 1950

DIE LITERARISCHE MONATSSCHRIFT

„SOWJETLITERATUR“

Die „SOWJETLITERATUR“ erscheint in deutscher, französischer, englischer, polnischer und spanischer Sprache.

Die „SOWJETLITERATUR“ veröffentlicht Übersetzungen der besten Werke von Sowjetschriftstellern.

Die „SOWJETLITERATUR“ beleuchtet systematisch aktuelle Probleme der Literatur und Kunst der Völker der UdSSR und veröffentlicht Aufsätze über das literarische Leben des Auslands; sie bringt Reproduktionen der besten Werke von sowjetischen Malern und Bildhauern.

Der Jahrgang 1949 (Nr. 1 – 12) enthält:

Romane und Novellen: W. ASHAJEW — *Fern von Moskau*. S. ANTONOW — *Lena*. A. GONTSCHAR — *Goldenes Prag*. H. LEBEREKHT — *Licht in Koordi*. P. PAWLENKO — *Steppensonne*. B. POLEWOI — *Heimgekehrt*. A. SAKSE — *Bergauf*. T. SJOMUSCHKIN — *Alitet geht in die Berge*. K. FEDIN — *Ein ungewöhnlicher Sommer*.

Erzählungen von E. GRIN, V. KATAJEW, J. NAGIBIN, W. FOMENKO, K. PAUSTOWSKI, A. PERWENZEW und anderen.

Aufsätze über die sowjetische Prosa, Poesie, Dramatik und Literaturkritik; über das Theaterleben und das Filmwesen in der Sowjetunion;

über die zeitgenössische Literatur anderer Länder: Chinas, Polens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Rumäniens, der USA, Frankreichs, Deutschlands, Japans; über klassische russische und ausländische Literatur (über Puschkin, Raditschew, Goethe, Balzac, Mickiewicz).

Literarische Porträts: Alexej Tolstoi, Martin Andersen-Nexø, Pablo Neruda.

Übersichten über Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt.

Informationen über das kulturelle Leben in der Sowjetunion.

Auslandsbestellungen nimmt entgegen:

„Meshdunarodnaja Kniga“, Moskau, Kusnezki Most 18.

Abonnieren Sie jetzt

die Wochenschrift

NEUE ZEIT

für das Jahr 1950!

*

Die NEUE ZEIT

ERSCHEINT IN RUSSISCHER, DEUTSCHER,
ENGLISCHER UND FRANZÖSISCHER
SPRACHE.

*

Die NEUE ZEIT

befaßt sich mit Fragen
der Außenpolitik der
UdSSR und anderer
Länder und den aktuel-
len Vorgängen des in-
ternationalen Lebens.

Die NEUE ZEIT

enthält Beiträge von
Gelehrten, Schriftstel-
lern, Publizisten, Ge-
werkschaftsführern und
anderen Persönlichkei-
ten des öffentlichen
Lebens.

Abonnementsbestellungen nehmen entgegen:

UdSSR — „Meshdunarodnaja Kniga“, Moskau,
Kusnezki Most 18

DEUTSCHLAND — „Meshdunarodnaja Kniga“,
Berlin N. 54, Brunnenstr. 188/90. Filialen:
Leipzig, Markt 9; Weimar, Goetheplatz 9a; Halle,
Schmiedstr. 4; Schwerin, August-Bebelstr. 24

ÖSTERREICH — Das Internationale Buch, Wien 1,
Trattnerhof 1

SCHWEIZ — Genossenschaft Literaturvertrieb,
Zürich, Feldstr. 46

UNGARN — Horizont, Vilma Kiralyo-ut. 45, Buda-
pest

TSSCHECHOSLOWAKEI — A. O. „Orbis“, Stalino-
va 46, Praha XII; „Jurnal“ Novinarske podniky,
Panenska 1, Bratislava; Magazin Sovetskoj Knigi,
Vaclavske nam. 14, Praha II

NIEDERLANDE — Uitgeverij Republiek der Lette-
ren N. V. Rokin 40, Amsterdam C; Pegasus
Boekhandel, Leidschestraat 25, Amsterdam C

DÄNEMARK — Hovedbanegaardens Aviskiosk,
Reventlowgade, Kopenhagen; A. S. Land og Folks
Boghandel, Bredgade 37, Kopenhagen

SCHWEDEN — C. E. Fritze's Kgl. Hofbokhandel,
Fredsgatan 2, Stockholm; A.B.C.E. Wennergren-
Williams, Box 657, Stockholm

ISRAEL — Pales Press Co., Ltd., P. O. Box 844,
Tel-Aviv;

Filialen:

Pales Press Company, P.O. Box 476, Haifa;
Pales Press Company, P.O. Box 619, Jerusalem.